

Antifaz

Antifaschistische Zeitung

ROMA-ABSCHIEBUNGEN



ANTIFA-
RATSCHLAG
IN DRESDEN

DEUTSCHE
UNITARIER

HEFT 33 JAN / FEB

6. JAHRGANG

DM 2,00

In diesem Heft:

Einleitung	S. 3
Überregionale antifaschistische Ratschläge	S. 4
Roma-Abschiebungen in Recklinghausen	S. 7
GENormte Menschheit, Teil I	S.10
Impressum	S.12
Debatte	S.15
Kurdistan und die Kurden, Teil III	S.17
Interview m. Vertreter d. Istanb. Menschenrechtsvereins	S.22
Irland, Teil II	S.26
Deutsche Unitarier	S.32
Nachlese 91	S.34
Schweig nicht, stich zu	S.36

Verkaufsstellen:

Dortmund
 - Geschichtswerkstatt
 - Anti-Atom-Büro
 - Checoolala
 - Cafe Samowar
 - Taranta Babu Buchladen
 - Litfaß Buchladen
 - Erpel
 - Schreibwaren "Hoffmann"

Herne
 - Sonne
 - Kornmühle
 - Informationszentrum 3. Welt

Recklinghausen
 - Attatroll-Buchladen
 - Sonnenblume-Naturkostladen
 - Drübelken
 - Grünes Büro

Bochum
 - "Notstand" im Uni-Antiquariat

ANZEIGE

Straßencafé

Tel. 0231/104916 · So.-Fr. 10-22 Uhr · Neuer Graben 101 (Kreuzviertel) · 4000 Dortmund 1

Witten
 - "Dritte Welt"- und
 Buchladen

Münster
 - Frauenstr. 24

Marl
 - Bücherladen

Herten
 - Büchereule

Duisburg
 - Buchhandlung "Weltbühne"

Marburg
 - Buchladen "Roter Stern"

Gladbeck
 - Annes Naturkostladen

EINLEITUNG

Einen **Schwerpunkt** hat die vorliegende Ausgabe unserer Zeitschrift nicht, jedoch stellen wir nicht ganz zufällig die Artikel über den **Antifaschistischen Ratsschlag in Dresden** und über die geplanten ersten **Abschiebungen von Roma-Familien in Recklinghausen** an den Anfang.

Kein klarer Schwerpunkt auch deshalb, weil zu Beginn dieses "neuen Jahres" kaum jemand entscheiden mag, was nun **wichtiger** erscheint:

Der endgültige Zusammenbruch der Sowjetunion, der Krieg und der (angeblich) sich anbahnende Friede in "Jugoslawien", das Erinnern an die Tatsache, daß erst vor einem Jahr der Krieg am Golf "stattfand", daß nach wie vor Terror- und Brandanschläge gegen Flüchtlinge, AsylbewerberInnen und AusländerInnen in diesem Land verübt werden, daß das Land NRW begonnen hat, durch Abschiebungen das "Roma-Problem abzuwickeln" - nachdem noch am **9. November** alle Politiker mit großer Scheinheiligkeit gegen die Ausländerfeindlichkeit ihre Stimmen erhoben hatten...

Angesichts derartiger Entwicklungen ist es kein Zufall, daß die sich neu entwickelnde antifaschistische Bewegung in Großdeutschland noch zersplittert und ohne klares Konzept dasteht.

Daß in den anstehenden Diskussionen die Themen **Nation und Nationalstaat** immer mehr Bedeutung gewinnen, scheint uns evident - deshalb ein Beitrag von **K. Schneider** zu diesem Problem in der Rubrik **Debatte**.

Wie angekündigt in dieser Ausgabe der Teil III zum Thema **Kurdistan und die Kurden** und der Teil II des Berichtes über **Irland**.

Empfehlenswert der erste Teil einer dreiteiligen Serie des **Dortmunder Anti-Atom-Büros** zum Thema **GENormte Menschheit**.

P. Herbrechter aus Hagen schickte uns einen Beitrag über den seit Monaten stattfindenden Kampf mit den "**Deutschen Unitariern**", der seit den Veröffentlichungen von **Peter Kratz** über diese dem Neofaschismus nahestehende Sekte entbrannt ist.

Nicht zuletzt bringen wir ein ausführliches Interview mit einem **Vertreter des Istanbuler Menschenrechtsvereins**, mit **Levent Tüzel**, der über die Situation der Menschenrechtsverletzungen in der Türkei sowie die Entwicklung der türkischen **sozialistischen und demokratischen Bewegung** berichtet.

In diesem Zusammenhang freuen wir uns, darauf hinweisen zu können, daß die **AntifaZ** ab der nächsten Ausgabe die Zusammenarbeit mit der in der BRD erscheinenden Zeitschrift "**Tatsachen**" der türkisch-kurdischen Organisation "**DIDF**" aufnehmen wird. Ziel ist der Austausch theoretischer und anderer Artikel über die Ziele des antifaschistischen Kampfes in der Türkei und der BRD - Ziel ist **auch** eine Neubestimmung bzw. Präzisierung des politischen Profils unserer Zeitschrift.

Zum Schluß wünschen wir allen unseren Leserinnen und Lesern und uns selbst viel Kraft, Mut, Liebe, Zorn und Zärtlichkeit bei der Bewältigung der Aufgaben, die vor uns stehen,

Eure

AntifaZ-Redaktion

ÜBERREGIONALE ANTIFASCHISTISCHE RATSCHLÄGE

Ausdruck der momentanen Zersplitterung der Antifa-Bewegung

In den vergangenen Wochen fanden zahlreiche antifaschistische Ratschläge und Konferenzen statt, so vom 1.-3. November der bundesweite antifaschistische Ratschlag in Dresden, vom 30.11.-1.12. ein Wochenendseminar der NRW-Landeskonferenz in Leverkusen, am 7. und 8.12. der Bundeskongreß der "Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg".

Seit mehreren Wochen finden auch Vorbereitungstreffen der autonomen Antifas zu einem (möglichen) Bundestreffen statt, das nächste dieser Treffen findet am 18. und 19.1. in Mainz statt.

Eine weitere Initiative für einen bundesweiten Antifa-Zusammenschluß starteten verschiedene, vor allem ausländische Organisationen, u.a. DIDF und AGIF, die sich am 4. und 5.1. in Köln getroffen haben.

Allein die Tatsache, daß diese Treffen weitgehend unabhängig voneinander organisiert wurden, ist Ausdruck der momentanen Zersplittertheit der antifaschistischen Bewegung.

Wir schildern im folgenden einige Eindrücke vom antifaschistischen Ratschlag in Dresden.

Zwischen 300 und 400 Menschen werden wohl pro Tag in der Dresdener Pädagogischen Hochschule versammelt gewesen sein.

Neben einzelnen Referaten, die im Plenum gehalten wurden, gab es u.a. folgende "Workshop"-Themen: Antirassistische Initiativen, Info-Cafes, Info-Telefon, Archive, Ermittlungsausschüsse, Pressearbeit, Information, Aufklärung, Fußball-Fan-Projekte.

"Arbeitsgruppen"-Themen waren u.a. **REP out - Bundesregierung in, Was tut sich bei den traditionelleren Faschisten, Grundlagen und Ursachen des Rassismus, Asylrechtsdebatte, Antifaschistischer Selbstschutz, Antifa-Projekt-Vernetzung.**

Von den gehaltenen Referaten war für uns eines, das am Samstag auf dem Plenum von VertreterInnen der Berliner Antifa-Jugendfront-Szene gehalten wurde, von besonderem Interesse, setzte es sich doch mit den Ursachen der neuen faschistischen Organisation in den "neuen Bundesländern" auseinander. Im folgenden der Versuch einer Zusammenfassung:



Ursachen des Entstehens von faschistischen Strukturen zur Zeit der DDR:

Für das Entstehen von faschistischen und ausländerfeindlichen Tendenzen noch zu Zeiten der DDR wurden verschiedene Ursachen genannt: Die Unmöglichkeit offener Diskussionen, eine allgemeine Situation der **Unwahrheit**. Opposition gegen das DDR-Regime von links sammelte sich in Kirchengemeinden, Opposition von rechts verharrte im Zustand der Apathie.

Die Art der "Vergangenheitsbewältigung" der DDR war falsch: Es gab eine Überbetonung und einseitige Darstellung der Bedeutung der KPD. Bei der Propaganda gegen die BRD wurde hervorgehoben, daß alte Nazis zu Rang und Ehren kamen, dabei wurde übersehen, daß dies auch in der DDR der Fall war, als Beispiele wurden genannt **E. Großmann** aus Marxleben (Eintritt in die NSDAP 1938) und **Dr. Heinz Funke** aus Görlitz (Eintritt in die NSDAP 1937).

Innerhalb der **Freien Deutschen Jugend (FDJ)** konnte keinerlei Individualität entwickelt werden. Jugendliche, die in ihrem sozialen Umfeld wenig Zufriedenheit entwickeln konnten, fanden in ihr keine Geborgenheit und waren anfällig für rechte Tendenzen.

Die Anfänge faschistischer Organisation in der DDR

1981/82 tauchten die ersten Skinheads beim Fußballverein **BFC Dynamo Berlin** auf, bekannte Figuren waren 1983 **Jens Uwe Vogt**, auch heute noch Führer der Hooligans,



der die Kontakte zur **Nationalistischen Front** herstellte, sowie **Andreas Pohl**, Mitglied des Hertha-Fan-Clubs "Endsieg". Aus den BFC-Fans ging die **Lichtenberger Front** hervor, Führer u.a. **Frank Lutz**, später bei der "**Nationalen Alternative** in Berlin.

Im Herbst 1987 kam es dann zu einem Überfall der Skins auf ein Konzert in der Zionskirche, bei dem anschließenden Prozeß wurden vier Jugendliche wegen "Rowdytums" verurteilt.

Anfang 1989 kam es zur Schändung eines jüdischen Friedhofs, einer der Täter: erwähnter Frank Lutz. In der DDR-Presse wurde die "Schuld an diesen Auswüchsen" dem übermäßigen "Konsum von Westfernsehen" zugeschrieben.

Im Mai 1989 entstand in Wismar die Organisation "**SS-Division Walther Krüger**", in der 16-38-Jährige sich sammelten.

Erste **antifaschistische Organisationen** fanden sich 1988 und 1989 in Dresden, Potsdam und Berlin unter dem Dach der Kirche zusammen.

Militanten Widerstand gegen Neonazis gab es zum ersten Mal durch eine Gruppe Punks in Halle, sie nannten sich SVK ("Skinhead-Vernichtungs-Kommando").

1989-1991 entstanden weitere neofaschistische Organisationen in den neuen Bundesländern.

Nach Koordinationstreffen am 13. und 20. Januar 1990 (mit Kühnen und Reisz aus Langen) gründete sich die **Neue Front** (Kaderorganisation der Kühnen-Anhänger). Kühnen plante ursprünglich eine **Deutsche Alternative Mitte**, der Namenskürzel DA war aber wegen des Demokratischen Aufbruchs nicht möglich. Danach kam es am 16.3.1990 zur Gründung einer "Deutschen Alternative" in West-Berlin.

Bei der Gründung einer **FAP-Ost** mit Hilfe der aus Österreich angereisten Küssel und Weintaler stürmte Polizei das Haus, ihr "Führer" wurde für 5 Wochen in U-Haft genommen.

Unter **Christian Franke** gründete sich die Westberliner Sektion der NF.

Am 27. Juli 1990 demonstrierten in Berlin 5000 Menschen gegen das Faschisten-Hauptquartier in der Berliner Weidlingstraße. Danach wurde das Nazi-Hauptquartier und die Funkzentrale der DA nach **Dresden** verlegt, welche feste Kontakte zur **Nationalen Liste** in Hamburg pflegten.

Im Dresdener Raum waren unabhängig von "Westkontakten" weitere neofaschistische Organisationen entstanden wie **Nationaler**

Widerstand, Deutsche Schutzstaffel Ost, Verband der sächsischen Wehrwölfe.

Führer in Dresden war **Rainer Sonntag** (inzwischen +), ehemals mit Kühnen in Langen aktiv.

Im Herbst 1990 war Dresden die **Hauptstadt der Bewegung**, was zu zahlreichen militanten Aktionen gegen AusländerInnen führte. (Angriffe gegen besetzte Häuser und alternative Cafes hatte es schon früher gegeben)

Am 20.10.1990 fand in Dresden die erste große Nazi-Demo statt, geleitet durch Küssel, anwesend auch **Worch** und andere Nazi-Größen.

Die Phase bis zum Herbst 90 wurde als Phase der Großstädte bezeichnet, nun folgte die Phase der Klein- und Mittelstädte.

Es entstanden neofaschistische Gruppen wie die **HJ in Guben**, die **Neue Deutsche Ordnung in Hoyerswerda** oder der **Deutsch-Völkische Bund in Eberswalde**.

Die führenden Köpfe dieser Gruppen hatten an Schulungen im Bielefelder NF-Zentrum teilgenommen.

Schwerpunkte neofaschistischer Organisation sind demnach:

Der Großraum Berlin mit Oranienburg, Königswusterhausen und Zeesen (unter Führung der NF),

Die polnische Grenze mit Schwedt, Eberswalde, Cottbus, Guben (wobei die dortige Szene eine große Mobilität aufweist), und der

Raum um Dresden (nach Sonntags Tod wurde das Zentrum der DA von Dresden nach Cottbus verlegt).

Ein weiteres Zentrum ist **Halle** mit der **Halleschen Deutschen Jugend** (unter direkter Anleitung des Nazi-Anwaltes **Rieger**).

Soweit dieser Bericht über den Stand der neofaschistischen Organisation in den neuen Bundesländern.

Als eines der Hauptprobleme der antifaschistischen Arbeit wurde die mangelnde Koordination, vor allem in den Kleinstädten, genannt, die der Mobilität der Nazi-Szene noch weitgehend hilflos gegenübersteht.

Daher schien uns auch die Teilnahme an der Arbeitsgruppe **Antifa-Projekt-Vernetzung** besonders interessant. Hier waren zwar VertreterInnen aus fast 20 Städten, das Gespräch kam aber über einen Info-Austausch in ganz praktischen Fragen (Telefon-Ketten, etc) leider nicht hinaus.

Dennoch war dieser Ratschlag insgesamt sehr wichtig, da hier zum ersten Mal AntifaschistInnen aus den "alten" und "neuen" Bundesländern zusammenkamen. Bleibt zu hoffen, daß es zu weiteren bundesweiten Beratungen kommt.



RECKLINGHAUSEN MACHT DEN VORREITER BEI ROMA-ABSCHIEBUNGEN

Am 9. November, zum Jahrestag der Reichspogromnacht und auf dem Hintergrund des seit Monaten anhaltenden Terrors gegenüber Asylbewerbern und Ausländern in diesem Land, erklärten Recklinghäuser Politiker wie Bürgermeister Welt noch scheinheilig: "Der Umgang mit Ausländern, Aussiedlern und Flüchtlingen rührt an den Grundfesten unserer Demokratie. Es ist nicht nur eine Frage der Menschlichkeit und der humanitären Hilfe, sondern unseres demokratischen Selbstverständnisses."

Welt wie auch DGB-Kreisvorsitzender Hans Nymphius wurden nicht müde, für "Toleranz üben - Demokratie sichern" einzutreten.

Inzwischen sind die "besinnlichen Tage" vorbei, inzwischen sind immerhin fast vier Wochen (!) vergangen, und nun gehen Recklinghäuser Politiker wie Dezernent Bajon in konzertierter Aktion mit den "ausführenden Organen" in Ausländer-, Sozial- und Arbeitsamt daran, die "Abwicklung der Roma-Frage" endlich unter Dach und Fach zu bringen. Bis zum 23. Januar sollen die ersten sechs Personen das Land verlassen.

Der Stand der Entwicklung

Am 18. Dezember 1991 erhält **Inis Jusufi**, verheiratet, zwei Kinder, vom Ausländeramt Recklinghausen keine weitere Verlängerung seines "Antrages auf Erteilung einer Duldung". Dies war der vorläufig letzte Akt einer Kette von behördlichen Maßnahmen, die bei einer abschließenden Wertung in ihrer Gesamtheit nur den Schluß zulassen, daß hier eine Mafia von kleinen Blockwarten mit ihrer behördlichen Macht beliebig gegen Recht und Gesetz verstößt, in dem sicheren Bewußtsein, seitens der Politiker, sicher auch seitens eines großen Teils der Bevölkerung, in ihrem Verhalten voll und ganz unterstützt zu werden.

Der "Fall" Inis Jusufi

Inis Jusufi ist in Mazedonien geboren und gehört zur dortigen albanischen Minderheit. Er hat Julia geheiratet, die in Serbien zur Welt kam.

Als Inis nach Demonstrationen der albanischen Minderheit im Kosovo verhaftet wird, nach einer Reihe von Schikanen gegenüber ihm und seiner Familie, flieht er nach Deutschland und kommt vor zwei Jahren nach Recklinghausen. Hier wird er im "Roma-Ghetto" an der Strükedestraße untergebracht.

Er stellt einen Antrag auf politisches Asyl, der im Januar 1991 als "offensichtlich unbegründet" abgelehnt wird. Dagegen erhebt sein Rechtsanwalt Klage, diese wird im Juli 1991 abgelehnt. Seitdem sollen er und seine Familie die Bundesrepublik verlassen.

Gleichzeitig mit diesem "Einzelschicksal" ergeht seitens der Landesregierung NRW die Aufenthaltsgestattung für die 1400 in NRW lebenden Roma für weitere 6 Monate, danach sollen alle, die sich nicht an dem "freiwilligen Reintegrationsprogramm" der Landesregierung beteiligt haben, abgeschoben werden.

Ein weiterer Erlaß des NRW-Innenministers regelt, daß einzig solche Fälle, in denen die Kommunen Zweifel hegen, ob der Abschiebung Hinderungsgründe (z.B. kriegerische Auseinandersetzungen in dem Gebiet, in welches abgeschoben werden soll) entgegenstehen, dem Innenminister zur letztendlichen Entscheidung vorgelegt werden sollen.

Die Stadt Recklinghausen nimmt diese Gelegenheit, sich vor Entscheidungen zu drücken, zügig wahr und teilt dem Innenministerium mit, daß sie sich bei **allen** in Recklinghausen lebenden Roma nicht in der Lage sehe zu beurteilen, ob ihrer Abschiebung Hinderungsgründe entgegenstehen.

Dies bringt den **Münsteraner Regierungspräsidenten** zum Schäumen, mehrfach weist er die Recklinghäuser Behörden an, unverzüglich mit den Abschiebungen zu beginnen - wobei zum Terminus "Abschiebung" zu ergänzen ist, daß selbstverständlich nicht die Stadt Recklinghausen abschiebt, sondern das Land NRW, die Stadt nennt nur die Namen der zur Abschiebung "anstehenden" Personen und stellt ihnen entsprechende Grenzübertrittsbescheinigungen aus - , daraufhin "nennt" die Stadt Recklinghausen die

Namen der Leute, die für den ersten "Schub" bestimmt sein sollen.

Daß die Namen der Abzuschiebenden von der Stadt Recklinghausen "bestimmt" wurden, ist zwar nicht zu beweisen, läßt sich aber schlußfolgern, wenn man die weiteren Ereignisse analysiert.

Das weitere Schicksal des Inis Jusufi
Nachdem die Klage gegen seinen abgelehnten Asylantrag ebenfalls abgelehnt worden war, sind keine weiteren juristischen Schritte unternommen worden - obwohl dies sehr wohl möglich gewesen wäre. Angesichts der Tatsache, daß Inis an zahlreichen Demonstrationen und Aktionen teilgenommen hat, u.a. in Köln, auch angesichts der Tatsache, daß der sich bildende großserbische neue "Staat Jugoslawien" eine noch restriktivere Politik gegenüber den Minderheiten der Roma und Albaner betreiben wird, hätte unbedingt ein **Asylfolgeantrag** gestellt werden können (was inzwischen mit einem neuen juristischen Beistand hoffentlich noch geschieht).

Inis ist einer der wenigen, der für sein Bleiberecht wirklich ständig aktiv ist. Ende November findet er Arbeit bei der Recyc-

ling-Firma "Remex" in Recklinghausen, der Chef der Firma, Herr **Heimsoth**, setzt sich aufopferungsvoll für ihn ein, hat er doch "zwei Jahre nach einem Schlosser gesucht, jetzt, wo er endlich einen gefunden hat, soll er abgeschoben werden".

Mit Hilfe des Chefs findet Inis eine Wohnung, zieht zum 2. Januar aus dem Ghetto in der Strükedestraße in die neue Wohnung.

Das behördliche Blockwart-Spiel beginnt

Am 18. Dezember 91 wird, wie erwähnt, der Antrag von Inis auf Verlängerung seines "Antrages auf Erteilung einer Duldung" nicht verlängert (Das ist kein Behörden-Chinesisch, sondern nackter Ausdruck der behördlichen "Kunst", jemandem keinen Aufenthaltsrechtlichen Status zuzugestehen, ihn nichtsdestotrotz als behördlichen "Vorgang" zu führen: seit Juli 1991 wurden Inis und seine Familie nicht etwa auf dem Gebiet der Stadt Recklinghausen **geduldet**, sondern ihr Antrag auf Erteilung einer Duldung wurde regelmäßig verlängert !!).

Daraufhin erlischt automatisch seine **Arbeitserlaubnis**, ohne diese kann ihn aber



(Inis Jusufi bei Demo vor dem Recklinghäuser Rathaus)

sein Chef nicht weiterbeschäftigen, so gern er dies auch würde. Dieser kündigt ihm aber nicht, sondern wird seinerseits aktiv, spricht mit dem Recklinghäuser Dezernenten für Ausländer- und Asylfragen, dem Herrn **Bajon**. Dieser **scheint** Verständnis für dessen Lage aufzubringen, verspricht eine Klärung bis Anfang Januar, über die "Feiertage werde niemand abgeschoben".

Am 2. Januar erscheint Inis im Ausländeramt, wird wieder weggeschickt. Am 6. Januar soll er erneut erscheinen, wird erneut weggeschickt, das Ausländeramt "habe keine Termine mehr mit Inis Jusufi".

Erst am 7. Januar ist Dezernent Bajon wieder erreichbar - nun wird auch seine "Entscheidung" offenbar: Die Stadt Recklinghausen ist bereit, Inis bis zum 23. Januar eine **Grenzübertrittsbescheinigung** auszustellen - normalerweise kann er auf dieser Grundlage zumindest eine befristete Arbeitserlaubnis erhalten. Nicht so in Recklinghausen:

Eine solche könne er nur mit Vorlage seines Passes erhalten. Nachfrage im Ausländeramt ergibt: Dieses rückt den Paß nicht heraus mit der Begründung, man rechne nicht damit, daß Inis die Bundesrepublik freiwillig verlasse.

Langsam wird die Methode eines üblen Spiels offenkundig:

Die "kleinen Blockwarte" halten es offensichtlich für eine böse Verletzung der deutschen Interessen, wenn ein "Zigeuner" sich auf einem "deutschen Arbeitsplatz" ein paar Mark verdient, und sei es auch nur für (voraussichtlich) noch knapp zwei Wochen!

Doch das Spiel wird noch schändlicher: Seitdem Inis eine Arbeit gefunden hatte, strich das Sozialamt (juristisch völlig zu Recht) die Sozialhilfe, nur war sie dann nicht wieder bereit, von dem Augenblick an wieder zu zahlen, als Inis auf Grund der Anordnung des Ausländeramtes nicht mehr arbeiten **durf-**

te. Dies unrechtmäßige Vorgehen wird am 8. Januar notdürftig kaschiert, indem sich das Sozialamt bereit erklärt, rückwirkend ab 1.

Januar Sozialhilfe zu zahlen.

Wie sehr die "kleinen Blockwarte" ihre eigenen Vorstellungen über eine Forcierung der Abschiebepolitik haben, wird bei einem ersten Anruf des neuen Rechtsbeistandes von Inis beim Ausländeramt deutlich: Ein Herr **Bahr** behauptet eiskalt, Inis habe schon "zwei Asylfolgeanträge gestellt, außerdem eine Petition an den Landtag, alle seien abschlägig beschieden worden", eine glatte Fehlauskunft, erteilt einzig und allein zu dem Zweck, den neuen Rechtsbeistand abzuschrecken, überhaupt noch juristisch tätig zu werden.

Er wird nun dennoch tätig. Zu prüfen wird auch sein, wieweit auch juristische Schritte gegen derartige "Auskünfte" unternommen werden können.

Was können wir noch tun?

Der Fall Inis ist kein Einzelfall, wir wollten aber an seinem Fall einmal ganz konkret aufzeigen, mir welcher Willkür kommunale Behörden mit den Schicksalen der Menschen umgehen.

Da das Land NRW bislang noch keinen Millimeter von seiner Abschiebeabsicht abgerückt ist, steht der Kampf für ein Bleiberecht vor seiner entscheidenden Phase: In den kommenden Wochen wird versucht werden, die Roma "Schub für Schub" abzuschieben. Die meisten werden in den kommenden Wochen auf kommunaler Ebene versuchen, mit Hilfe des **Kirchenasyls** den Kampf fortzusetzen. Das kann nur Erfolg haben, wenn seitens der demokratischen Öffentlichkeit ein derartig großer Druck entsteht, daß das Land NRW seine Haltung doch noch ändert. Auf denn!

CILA
CAFÉ IM LANGEN AUGUST



MO-FR 10-22 Uhr
SA/SO 10-19 Uhr

Braunschweiger Str. 22/Nordmarkt
46 Dortmund 1 · Telefon 83 01 47



Arbeiten am Problem

Süddeutsche Zeitung

GENormte Menschheit:

Wege und Auswirkungen

moderner Bevölkerungspolitik

Die Idee der Menschengzucht und -auslese, die Staatsphilosophen seit Platon immer wieder neu besetzten, erreichte im Nazi-Deutschland einen mörderischen Höhepunkt.

Jetzt, im Zeitalter von Atom- und GENTechnologie, trauen sich die Nachfolger der Rassehygieniker von damals mit denselben Ideen im neuen Gewande wieder an die Öffentlichkeit.

Die enge Verwobenheit von Eugenik und Euthanasie mit GENTechnologie und Reproduktionsmedizin, die lange Tradition der vom weißen Patriarchat ausgehenden Auslese von "Minderwertigkeit" aus ökonomischen und politischen Gründen soll dabei weitgehend verwischt werden. In einer Folge von drei Artikeln wollen wir an konkreten Beispielen - auch aus Dortmund - die historische Entwicklung des weltweit eingeschlagenen Kurses "neuer" GENethik als Bevölkerungskonzept vorstellen.

So wird von den Befürwortern einer offensiven Bevölkerungssteuerung immer wieder betont, daß "die Lehre aus der deutschen Geschichte...äußerste Zurückhaltung und Vorsicht im Umgang mit Eugenik" gebietet, und auf das europäische und nicht-europäische Ausland verwiesen, in dem "die Diskussion um Verbesserungsmöglichkeiten des Gen-Pools" durch Bevölkerungsmanipulation neu entflammt sei. (Arbeitskreis Genforschung des Bundesministers für Forschung und Technologie (Hg.): Die Erforschung des menschlichen Genoms, Frankfurt/Main, New York, 1991, S. 117)

Doch mit dem Verweis auf die unter der Nazi-herrschaft begangenen Verbrechen wie Zwangssterilisation, Euthanasie und Massenmord an Menschen anderer Kulturen und/oder Religionen wird mehr verschwiegen als gesagt:

So wird die sog. "positive" Bevölkerungspolitik - die Förderung der Reproduktion "erbgesunden" Nachwuchses durch Geldanreize, Muttertag und Mutterkreuz, Zuchtanstalten und rigoroses Abtreibungsverbot ebenso ausgeblendet wie im Bereich der "negativen" Bevölkerungspolitik die Vernichtung politisch Oppositioneller.

Auch bei der historischen Entwicklung bevölkerungspolitischer Konzepte vor der Nazi-

herrschaft hält sich o.g. Arbeitskreis Genforschung lieber zurück: Kein Wort davon, daß Zwangssterilisation und Zwangsunterbringung in Heimen für "moralisch Haltlose", Schutzhaft für "Minderwertige" usw. durch Vertreter wie den Sozialdemokraten Dr. **Alfred Grotjahn** und Medizinalrat **Gustav Boeters** bereits Mitte der 20er Jahre gefordert wurden; daß Eheverbote und Heiratszeugnisse bereits seit Anfang des 19. Jahrhunderts Realität waren, also keineswegs "Erfindungen" der Nazis.

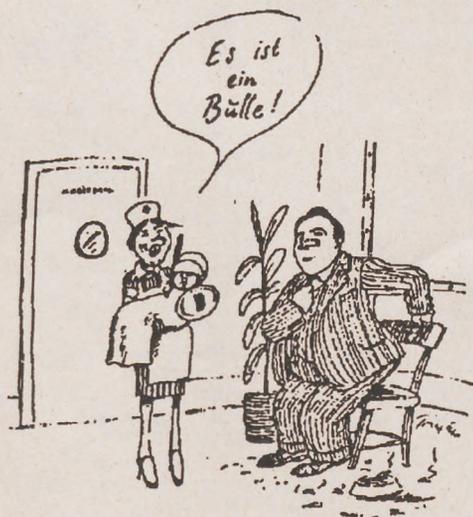
Und verschwiegen wird auch die nahtlose Übernahme von Rassehygienikern und Beisitzern an den Erbgesundheitsgerichten (z.B. in Hamm) in leitende Positionen, vor allem im medizinisch-humangenetischen Bereich (z.B. Münster) nach 1945.

Teil 1: Wer A sagt, muß auch G sagen
Alle 5 Jahre tagt seit 1956 der **Internationale Kongreß für Humangenetik**. Die Geschichte dieses Kongresses ist zugleich die Geschichte der Bevölkerungspolitik im Atomzeitalter und die Internationalisierung der vom deutschen Faschismus ausgehenden Legalisierung von Eugenik und Euthanasie. Die scheinbare Zurückhaltung deutscher Wissenschaftler bei der weltweiten Durchsetzung dieses Programms trägt: institutionelle

wie personelle Verflechtungen von Human-Genetik und Atomprogramm seit den 50er Jahren mit Erbbiologen, Rassehygienikern, Radiologen und Gynäkologen im Nazi-Deutschland belegen die ungebrochene Tradition von "positiver" Bevölkerungspolitik zur Geburtenförderung auf der einen und einer "negativen" Bevölkerungspolitik durch Verfolgung, Ermordung, Embryonenauslese und Genmanipulation auf der anderen Seite.

Gestützt wird dieses Fortpflanzungsprogramm durch staatlich geförderte Handlanger aus der Ärzteschaft und Humanbiologie, durch ideologische Schulungen an den Fachbereichen für Philosophie an zahlreichen Hochschulen. An die Stelle der Begriffe "Erbgesundheit" und "Rassehygiene" sind "Gendefekt" und "Überbevölkerung" getreten, das Erbgesundheitsgericht des Faschismus wurde durch Ethikkommissionen ersetzt und in der Philosophie der Begriff der "**praktischen Ethik**" zum Schlüsselwort dieses neuen Bevölkerungskonzeptes erhoben.

Der Gedanke hinter der Bevölkerungspolitik ist einfach: die "Richtigen" sollen geboren werden und überleben. Und das sind die, die sich im Sinne der patriarchal-kapitalistischen Herrschaft einer entsprechend deduktionistischen Wissenschaft anpassen und bereit sind, ihr Leben dem industriellen "Fortschritt" unterzuordnen. Die dabei verfolgte Unterteilung in "**lebenswertes**" und "**lebensunwertes**" Leben wird längst nicht mehr nur hinter verschlossenen Türen diskutiert. Politisch unerwünschte Einzelpersonen und Gruppen, Behinderte, Alte, AlkoholikerInnen, sog. "Asoziale" sollen durch GENjäger



zur Strecke gebracht werden. Gesucht wird z.B. nach einem Widerstandsgen, das angeblich zu politisch/sozial abweichendem Verhalten gegenüber der offiziellen Regimelinie

führt. Damit wird politische Opposition zum Krankheitsbild erklärt, ebenfalls eine Fortsetzung faschistischer Methoden. Daß die Überlebensfrage bei schweren Erkrankungen sehr wohl vom sozialen Lebenswandel bzw. der Einstellung des Patienten abhängig sein kann, macht der Bochumer Philosoph und Leiter des Bochumer **Zentrums für Medizinische Ethik** an der Universität Bochum, Hans Martin **Sass**, allzu deutlich: "In Diagnose, Therapie und Prognose ist das "Wertbild" des Patienten ebenso wichtig wie das "Blutbild". (Sass/Viefhues: Ethik in der ärztlichen Praxis und Forschung, Hannover 1988). So wird die Aufnahme einer heroinsüchtigen Frau infrage gestellt, die sich um eine Entziehungskur bemüht, indem auf ihren Lebenswandel verwiesen wird: Drogenschmuggel und Prostitution nehmen einen breiteren Raum in der Anamnese ein als ihr körperlich-seelisches Befinden...

Der oben zitierte Philosoph H.M. Sass ist kein kleines Licht im erlauchten Kreis der Bevölkerungsmacher. Als Direktor des europäischen Programms am Kennedy-Institut in Washington/USA soll er die mit der faschistischen Vergangenheit belasteten Human-Genetiker und Medizinphilosophen aus Deutschland auf Kurs bringen. So findet jährlich ein Seminar speziell für genau diesen Wissenschaftlerkreis statt, gewissermaßen als Nachhilfeunterricht für die nachzüglerischen Deutschen.

Bereits 1958 stellte **Ottmar v. Verschuer** bedauernd fest:

"Deutschland hat früher in der ganzen Welt als das klassische Land der Genetik gegolten...Auch die Humangenetik nahm ihren ersten Aufschwung in Deutschland. Die Genetik hat in den letzten Jahrzehnten in Deutschland einen fast katastrophalen Rückgang erlebt...So entspricht der gegenwärtige Stand der Humangenetik in Deutschland keineswegs den Erfordernissen der Zeit."

Sein Bedauern ist verständlich. Gehörte er doch zu führenden Wissenschaftlern des Faschismus, die im Auftrag der Nazis am **Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik** das Vernichtungskonzept "unerwünschten" Lebens vorantrieben.

Und damit schließt sich der Kreis: Gleicher Verschuer schrieb obiges Zitat in seinem Vorwort der deutschen Ausgabe des Berichts der Weltgesundheitsorganisation über die Tagung der Studiengruppe "**Effect on Radiation on Human Heredity**" vom August 1956. Diese Tagung schloß sich unmittelbar an den 1. Internationalen Kongreß für Humangene-

tik in Kopenhagen an. Auf beiden Kongressen kamen die Humangenetiker und anderen Wissenschaftler zu der gemeinsamen Überzeugung:

"Wenn die öffentliche Meinung den Entwicklungen auf dem Gebiet der Kernenergie positiv gegenüberstehen soll, dann muß die Allgemeinheit darauf vertrauen können, daß die Forschungen, welche für ihre zukünftige Gesundheit und die ihrer Kinder wichtig sind, einen gleichrangigen Platz einnehmen."

Daraus folgt der Schluß, daß die "experimentalgeneetische und vor allem die humangeneseetische Forschung" dringend der Förderung bedürfe. (Bundesminister für Atomenergie und Wasserwirtschaft (Hg.): Strahlenwirkung auf menschliche Erbanlagen. Bericht einer von der Weltgesundheitsorganisation berufenen Studiengruppe, in der Reihe Strahlenschutz, Heft 3, Braunschweig 1958, S. 6).

Der ehemalige Rassehygieniker Verschuer war zu diesem Zeitpunkt bereits zum Direktor des **Instituts für Humangenetik an der Universität Münster** aufgestiegen. Seine Datenbank zur Humangenetik wurde vom Atomministerium bezahlt, das in der Reihe "Strahlenschutz" auch den Kongreßbericht der WHO abdrucken ließ.

Ebenfalls aus Geldern des Atomministeriums wird heutzutage in den USA das größte Genprojekt aller Zeiten finanziert. In **Los Alamos**, wo einst das Geheimprojekt zum Bau der ersten Atombombe betrieben wurde, wird jetzt, z.T. in den gleichen Räumen, der Welt größte Gendatenbank geführt. Unter dem Namen "**2. Manhattan-Project**" tritt es

in die Fußstapfen des 1. Manhattan-Projects, des Atombombenbaus. Mit dem Genmaterial der Opfer der Bombenabwürfe von Hiroshima und Nagasaki und neuerdings der zivilen Strahlenopfer von Tschernobyl wird die aus Deutschland importierte Humangenetik (Der Begriff **Humangenetik** wurde 1940 von **Günther Just** in seinem Buch "Handbuch der Erbbiologie des Menschen" eingeführt) zum bestimmenden Faktor der Bevölkerungspolitik erklärt.

Deutschland suchte den Anschluß an diese Entwicklung und fand ihn: auf dem 7. Internationalen Kongreß im Januar 1986 traf sich die Gemeinschaft der Humangenetiker in Berlin, dort, von wo aus während des Faschismus Rassehygieniker und Erbbiologen wie **Verschuer** und seine Kollegen **Fritz Lenz** und **Eugen Fischer** die Vorbereitungen für Zwangssterilisation und die Vernichtung in Heimen und KZs trafen, die die Opfer von Auschwitz vor ihrem Tod als "Versuchskaninchen" für ihre Forschung benutzten. So war z.B. der berühmte Arzt **Dr. Mengele** (Mengele arbeitete in den 30er Jahren als Assistenzarzt in Schwerte/Ruhr) Assistent von Verschuer und direkt mit der Zwillingsforschung in dessen Auftrag tätig.

Doch diese Aspekte verdrängte man beim Berliner Kongreß eher: stattdessen holte sich der erlauchte Kreis die Ideologen einer neuen Ethik aus Australien. **Peter Singer**, Verfasser des Buches "Praktische Ethik", Leiter des **Instituts für Bioethik an der Monash-Universität**, und seine Kollegin **Helga Kuhse** (Humangenetikerin) dürfen

Anzeige

BUCHLADEN

TARANTA BABU



• LITERATUR AUS ALLER WELT • SOZIALPÄDAGOGIK • SOZIALWISSENSCHAFTEN • KOMMUNIKATIONS- UND SPRACHWISSENSCHAFTEN • MEDIEN • PSYCHOLOGIE • ÖKONOMIE • POLITIK • GESCHICHTE • FRAUEN • MÜTTER • KINDER • VÄTER • MÄNNER • GROSSES ANGEBOT AN ZEITSCHRIFTEN UND PERIODIKA

Öffnungszeiten: Buchladen 10.00 - 18.30 Sa. 10.00 - 14.00
Literaturkaffeehaus: 10.00 - 24.00 (Dienstags Ruhetag)
Dortmund 1, Humboldtstr. 44, Tel: 0231-14 16 89

Wir bestellen jedes lieferbare Buch

Impressum

Die AntifaZ ist eine unabhängige Zeitschrift, die alle 2 Monate erscheint. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden vom jeweiligen Autor verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: W. Englisch
Oerweg 28

4350 Recklinghausen
Tel.: 02361/26 345

Redaktionsanschrift:
Antifa-Zentrum

Herner Str. 43

4350 Recklinghausen
Tel.: 02361/2 16 86

Redaktionssitzung:

Mittwoch, 19.00-21.00 Uhr

Bankverbindung:

Stadtparkasse Recklingh.

BLZ 426 500 30

Kto.Nr.: 1 000 229 38

Auflage: 1000

Druck: Verlag "Neuer Weg"

Mitgewirkt haben: Wolfgang B., Karsten Sch., Thorsten Th., Eckhardt Di., Ingrid, Falko, Michael T., Hermann B., Thea A. Str., Wolfgang T., Petra O., Christian K., Klaus D.

ihre Thesen einer neuen Ethik frei vertreten. Ihr Programm: internationale Euthanasie unter dem Deckmantel der Menschlichkeit. Die Tötung von Kranken, auf die die Kriterien für "**menschliche Personalität**" wegen Krankheit, Unfall, Alter dauerhaft nicht mehr zutreffen, ist ihrer Meinung nach zulässig.



Daß es den Befürwortern des humangenetischen Bevölkerungskonzepts eher um die ökonomischen als die ethischen Aspekte geht, wird auch in der von **Prof. Wilhelm Tünte** (in den 60er Jahren Assistent und schließlich indirekter Nachfolger des am Institut für Humangenetik in Münster bis 1965 tätigen Verschuer) verfaßten Schrift "Genetische Familienberatung" (Schriftenreihe der Nestle Diät GmbH, 1979) deutlich. Er stellt die Kosten pränataler Diagnostik mit selektivem Schwangerschaftsabbruch dem durch Verhinderung der Geburt kranker Kinder "erzielten wirtschaftlichen Gewinn" gegenüber und kommt zu dem Schluß, daß sich die Auslese lohnt.

Auch im benachbarten Düsseldorf findet sich einer, der sich eine weitgehend von Kranken "entlastete" Gesellschaft wünscht:

"Durch eine langfristige, die Familie begleitende Beratung ist es möglich, die Anzahl der Kranken durch rückläufige Geburtenziffern zu erniedrigen, so daß hier ein wesentlicher und volkswirtschaftlich wichtiger Beitrag der präventiven Medizin geleistet werden kann." (**Dr. Herwig Lange**, Neurologe in Düsseldorf, zitiert nach "natur", 5/88, S. 48). Dazu bedarf es allerdings eines Programms, mit dem alle Schwangeren großangelegten genetischen Untersuchungen zugeführt werden.

Tschernobyl war für die Humangenetiker in dieser Hinsicht eine Sternstunde.

Mit dem Hinweis auf die möglichen Erbfolgeschäden bei Ungeborenen gewannen die bis dahin eher kritisch beäugten **humangenetischen Beratungsstellen** ebenso an Zulauf wie die Frauenkliniken mit besonderer

Ausrichtung auf vorgeburtliche Untersuchungen: Fötoskopie, Amniozentese, Chorionzottenbiopsie, Ultraschall, u.a.m. lockten auch und gerade verängstigte Schwangere des linken Spektrums.

Die Eigenentscheidung über ein Kind, ja oder nein, wurde vielfach zur Entscheidung des Arztes: "gesundes" Kind oder Abtreibung.

Einen weiteren Aspekt der Menschenproduktion und -vernichtung nach Tschernobyl lieferte der Leiter der **Frauenklinik Münster, Prof. Beller**. Schwangere Frauen, die nach einer in seiner Klinik durchgeführten pränatalen Diagnostik ein schwergeschädigtes Kind erwarteten, setzte er moralisch unter Druck, dieses Kind für Transplantationszwecke auszutragen.

Und ein weiterer Bereich zur Akzeptanz der Gen- und Reproduktionstechnologie wurde mit Tschernobyl beschritten: die aus der künstlichen Befruchtung gewonnenen "überzähligen" Embryonen z.B. wurden von dem berühmt gewordenen Knochenmarkspezialisten **Robert Gale** für die Rückenmarkstransplantation von Tschernobylopfern verwendet. Lapidar heißt es dazu in der "natur":



Gefahrensymbole für Radioaktivität und Gentechnologie

"In der Tat haben neue Fortschritte in der Medizin die Nachfrage nach Föten sprunghaft anwachsen lassen: Meldungen aus den USA und Mexiko deuten darauf hin, daß sich mit der Transplantation von fötalem Gewebe Krankheiten wie Diabetes, Alzheimer, Parkinson, Leukämie oder Strahlenschäden kurieren lassen." (natur, 4/88, S. 64).

Gerade der angebliche Erfolg von Gen-Diagnostik und -Therapie wird aber vor allem seit Tschernobyl als Lockmittel für die Zustimmung zum Bevölkerungsprogramm durch genetische Screenings, pränatale Diagnostik und operative Eingriffe am Fötus im Mutterleib benutzt.

Das 1956 von der WHO eingebrachte Konzept: ja zur Kernenergie = ja zur Gentechnologie scheint aufgegangen zu sein.

(Fortsetzung folgt)

ANTI ATOM BÜRO
Am Ölpfad 25
4600 Dortmund-Hörde

Worterklärungen:**Eugenik**

Erbgesundheitsforschung, -lehre, -pflege mit dem Ziel, erbschädigende Einflüsse und die Verbreitung von Erbkrankheiten zu verhüten.

Humangenetik

Teilgebiet der Genetik (Vererbungslehre), das sich besonders mit der Erblichkeit der körperlichen Merkmale und der geistig-seelischen Eigenschaften des Menschen befaßt, der Begriff der Humangenetik wurde 1940 von Günther Just in seinem "Handbuch der Erbbiologie des Menschen" als neuer Begriff der Eugenik eingeführt.

Embryo

(menschliche) Leibesfrucht in den ersten drei Schwangerschaftsmonaten

Fötus (od. Fetus)

(menschliche) Leibesfrucht vom vierten Schwangerschaftsmonat an

Fötoskopie

Blut- oder Gewebeentnahme vom Fötus in der Gebärmutter der Frau durch ein Endoskop

Amniozentese

Durchstechen der Fruchtblase durch die Bauchdecke zur Gewinnung von Fruchtwasser für diagnostische Zwecke (Fruchtwasseruntersuchung)

Chorionzottenbiopsie

Chorion=mittlere Eihaut, Biopsie=Gewebeentnahme, Chorionzotten befinden sich bis zum dritten Schwangerschaftsmonat auf dem Chorion, später entwickelt sich ein Teil von ihnen zur Plazenta (Mutterkuchen).

Bildmaterial aus: "Basta" Nr. 4/91

**RECKLINGHÄUSER BUCHLADEN
ATTATROLL VON DER POLIZEI
DURCHSUCHT!**

Am **16. Oktober 1991** wurden die Geschäftsräume des Recklinghäuser Buchladens "**Attatroll**" und Privaträume von Recklinghäuser Polizei durchsucht.

Mit einem Durchsuchungsbefehl des Oberlandesgericht Düsseldorf wurde nach der Zeitschrift "**Clash, Zeitung für Widerstand in Europa**", Nr. 3, gesucht.

Gegen die HerstellerInnen und VertreiberInnen der Zeitschrift wird wegen § 129a, also Werbung für eine terroristische Vereinigung ermittelt.

Die Durchsuchung verlief ergebnislos, **trotzdem** wurden daraufhin alle Gesellschafter des "Attatroll" Buchladen **Anfang Dezember** zum polizeilichen Verhör "**in eigener Sache**" geladen.

ABONNIERT DIE ANTIFAZ

Die ANTIFAZ ist eine unabhängige Zeitschrift, von und für AntifaschistInnen. Sie erscheint sechsmal im Jahr. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Jahresabo24,- DM

Förderabo30,- DM

Bestellung:

- durch Überweisung der Abogebühr auf das
Konto Nr. 1 000 229 38
BLZ 426 500 30
Stadtsparkasse Recklinghausen

- durch schriftliche Bestellung bei
Wolfgang Englisch
Oerweg 28
4350 Recklinghausen

Hiermit abonniere ich
die Zeitschrift
ANTIFAZ bis auf Wider-
ruf.

Name: _____

Anschrift: _____

Unterschrift: _____

Anzeigenpreisliste:

1/2 Seite80,-DM

1/3 Seite60,-DM

1/4 Seite50,-DM

DEBATTE

"ZUM ABC DER LINKEN SOLLTE GEHÖREN : ES GIBT EINE NATIONALE GEMEINSCHAFT"

Während in der neuen, durch die DDR-Annexion erweiterten, BRD national erwachte Deutsche Flüchtlinge mit Pogromen und Rassismus überziehen, macht sich das "deutsche Nachrichtenmagazin", "Der Spiegel", daran, der Linken eine Lektion ins Stammbuch zu schreiben. Sie - die Linke - habe keine praktikablen Lösungsvorschläge für das sog. "Einwanderungsproblem".

Der "Spiegel" selber hat da einen eigenen, "realistischen" Lösungsvorschlag: In die BRD sollen nur noch solche Ausländer hineingelassen werden, die den Wohlstand Deutschlands mehren, der Rest müsse leider rausfliegen.

Deutsche Wirklichkeit zwei Jahre nach der "deutschen Revolution" von 1989.

Mitte November letzten Jahres meldete der "Spiegel" sich mal wieder zum deutschen Modethema Nr. 1, der Asylpolitik, zu Wort. Es ist wohl auch dies ein neues Merkmal des "wiedererwachten" Deutschland, in den Medien nicht über wirkliche gesellschaftliche Probleme (z.B. extreme Schwierigkeiten bei der "Übernahme" der DDR-Wirtschaft, Rassismus in Deutschland) zu reden und zu schreiben, sondern über der Deutschen liebstes (Schein)Problem, die **Nichtdeutschen**.

Der "Spiegel" ließ sich nicht lumpen und wartete mit einer Neuauflage eines alten deutschen "Schlagers" auf, der "Links=Rechts"-Melodie. Er brachte einen Auszug aus dem Buch "Deutschland nur der Deutschen?" von **Ute Knight und Wolfgang Kowalsky**, die sich von einer scheinbar völlig undogmatischen und pragmatischen Position dem Thema "Einwanderungspolitik" zuwenden und sowohl rechte (=Bundesregierung) wie linke (=Grüne) Standpunkte dazu abklopfen.

Selbst wenn man davon absieht, daß es schon einiger Kunststücke bedarf, bei den heutigen "Grünen" noch viel Linkes zu finden, ist die Arbeit von Knight/Kowalsky auch methodisch nicht unproblematisch angelegt.

Sie schreiben zwar, sie wendeten sich gegen rechte und linke **"ideologische Scheuklappen"**, kritisieren aber in ihrem Artikel quantitativ und inhaltlich hauptsächlich die Linke, die mit sich und "ihrer" Nation noch nicht im reinen sei.

Zurückgeführt wird dies auf die "traumatische Erfahrung", die der deutsche Faschismus bedeute. Die Forderung, die Grenzen für Flüchtlinge aus dem Trikont zu öffnen, sei Ausdruck eines "Sühnenedankens", die Linke meine also - laut "Spiegel" - , die Deutschen müßten "für die NS-Zeit - und für das Leid der ausgebeuteten Dritten Welt - sühnen".

Hier wird so getan, als ob die Aufnahme von Flüchtlingen eine Strafe sei oder als solche empfindbar wäre. War es nicht so, daß die Rechte immer wieder damit hausieren ging, die Teilung sei eine "Strafe" für den Faschismus? Reaktionen der deutschen Außenpolitik (z.B. zum Jugoslawienkonflikt und beim Maastrichter EG-Gipfel) bestätigen dies.

Jetzt entwickelt Deutschland erneut offen einen Drang, Weltmacht zu spielen.

Im weiteren verteidigen die "Spiegel"-Autoren dann auch "die Deutschen" gegen die Angriffe der "sich selbst hassenden" Linken. Offene Grenzen kämen "einer Einladung an Millionen Arme aus der ganzen (!) Welt gleich". Woher diese Armen kommen und wer für die Zustände in ihren Heimatländern verantwortlich ist, wird nicht mal mit einem Nebensatz erwähnt.

Ganz im Mainstream der vorherrschenden Argumentationsmuster wird der Forderung nach offenen Grenzen entgegengehalten, daß eine solche Politik zu viel **Kosten** verursache. Das Recht der Deutschen, hier zu leben, sei bedroht, ja sogar ihre "Identität". Die Ausbildung der Kinder werde durch ausländische Schülerinnen und Schüler gefährdet, und - das ist besonders schlimm angesichts der schon hohen Staatsausgaben für Rüstung, Raumfahrt, Golfkrieg, etc. - die Flüchtlinge sind finanziell "auf die öffentliche Hand angewiesen".

Zwar billigt der "Spiegel" - in völliger Verkehrung der Tatsachen - zu, daß die Bundesregierung zu wenig für die Beendigung der politischen und sozialen Not im Trikont tue, wer aber die "berechtigten Ängste" der Mehrheitsdeutschen nicht verstehen könne, sei ein linker "Selbsthasser", der demselben "bipolaren Denksystem" - entweder seien Ausländer oder Deutsche schlecht - anhingewie die REPs.

Ein Eigentümer schießen Knight/Kowalsky, wenn sie der Linken anlasten, sie betrachte

Ausländer per se als Bereicherung der deutschen Kultur, sie deshalb bleiben sollten.

Es sind doch gerade der vom "Spiegel" als Zeuge genannte Frankfurter Multikultur-Dezernent Daniel Cohn-Bendit, der sächsische CDU-Ministerpräsident Biedenkopf und der SPD-Ministerpräsident Lafontaine, welche Ausländer als kulturelle und wirtschaftliche Bereicherung für dieses Land bezeichnen. Aus derart rassistischen Motiven wird dann von ihnen empfohlen, Ausländer "in Ruhe" zu lassen.

Das Asylrecht - so der "Spiegel" - wird also nicht nur durch die von der Bundesregierung inszenierte Debatte gefährdet, sondern auch von den "naiven" und "scheinheiligen" Geistern, die den "normalen Fremdenhaß" der Deutschen "tabuisieren" wollen.

Als wenn die bisher gebrachten "Argumente" noch nicht gereicht hätten, treten die Autoren zu allem Überfluß auch noch als Anwälte der deutschen Armen und deutschen Obdachlosen auf, diese habe die Linke nämlich vergessen, wenn sie die ausländischen Flüchtlinge verteidige. Den Lesenden wird überlassen, den Schluß zu ziehen, daß wir, wenn wir unsere Armen schon nicht versorgen können, die ausländischen Armen schon gar nicht versorgen können.

Mit dieser "Argumentation" haben die Autoren nicht nur die Ursachen der Flucht vor wirtschaftlich erzeugter Armut und politischer Verfolgung im Trikont verdunkelt, sondern tun zudem noch so, als sei Armut in den kapitalistischen Metropolen gleichsam naturgegeben. Denn Ursachen haben sowohl die Fluchtbewegungen aus dem Süden als auch die Armut im reichen Norden.

Der "Spiegel" sieht das nicht so. Sein Artikel geht sogar so weit, diejenigen, die nicht bereit sind, sich mit dem "normalen" Rassismus des wiedererwachten Deutschland zu arrangieren, zu beschuldigen, kein "nationales Zusammengehörigkeitsgefühl" zu besitzen, ja die "nationale Gemeinschaft" der Deutschen (früher hieß das Volksgemeinschaft) nicht anzuerkennen.

(Literaturangabe:

U. Knight/W. Kowalsky: "Böse Deutsche, gute Ausländer". Rechte und linke Denkblockaden verhindern eine neue Einwanderungspolitik, in: "Der Spiegel" 47/1991, S. 112 ff.)

Tatsächlich fällt es schwer, sich mit diesem Volk, das in seiner Mehrheit "Verständnis" für rassistische Ausschreitungen gegen Flüchtlinge hat, "zusammenghörig zu fühlen". Die Mehrheitsdeutschen sind ja auch nicht rassistisch, weil sie sich als Volk bedroht sehen, sondern weil sie Angst um den Verlust ihrer Fernsehgeräte und GTI haben. Von nationaler Gemeinschaft (außer der des Raffens) keine Spur.

Nun zieht der "Spiegel" erst richtig vom Leder. Der Kommunist Bert Brecht wird da zitiert als Zeuge eines möglichen "guten Deutschlands". Und es wird sich bemüht zu zeigen, was darunter zu verstehen sei. Weil "Europa" (resp. ein europäisches Deutschland oder besser: ein deutsches Europa?!) "junge Leute" brauche (Lafontaine und Blüm soufflieren: für unsere Rentenversicherung), dürfen bestimmte Kontingente an "Ausländern" auf dem deutschen/europäischen Arbeitsmarkt vernutzt werden, ganz im Rahmen von FDGO und Sozialer Marktwirtschaft. Was zuviel da ist an Ware "ausländische Arbeitskraft", oder nicht jung genug, wird rausgeschmissen.

Bleibt noch zu fragen, warum der Spiegel ausgerechnet einen Artikel zur Kritik angeblicher linker "Ausländerfreundlichkeit" in dem von den Autoren gemeinten Sinne bringt. Selbst wenn die gesamte Linke tatsächlich so "ausländerfreundlich" wäre, leuchtet noch lange nicht ein, warum dies genauso schlimm sei wie die deutschnationale und rassistische Politik der Bundesregierung, die nach den Pogromen einzig um das Ansehen der Exportnation Nr. 1 im Ausland besorgt ist.

Die allgemeine Rechtsentwicklung seit dem Zusammenbruch der DDR geht an den Medien offensichtlich nicht vorbei.

Es ist Aufgabe auch der Antifaschistinnen und Antifaschisten, dem Abbau eines so wichtigen erkämpften Rechtes, des Asylrechts, entgegenzutreten.

(Karsten Schneider)



KURDISTAN UND DIE KURDEN

TEIL III

Wir setzen die Artikel-Serie von Klaus DILLMANN über Kurdistan und die Kurden mit dem dritten Teil über Irak-Kurdistan sowie Syrien-Kurdistan fort. Im vierten und letzten Teil wird dann in der kommenden Ausgabe noch über Iran-Kurdistan, "Sowjetunion"-Kurdistan sowie BRD und Kurdistan berichtet.

Irak-Kurdistan

Das im Spannungsfeld zwischen osmanischen und persischen Interessen liegende osmanische **Wilayet Mosul** (das heutige Irak-Kurdistan) wurde während des Ersten Weltkrieges wegen seines Erdölreichtums und seiner anderen Bodenschätze von britischen Truppen besetzt, die bereits zuvor die **Wilayets Basra** und **Bagdad** besetzt hatten. Bei ihrem Versuch, sich des Wilayets Mosul zu bemächtigen, stießen sie auf zunächst erfolgreichen Widerstand der Kurden unter **Scheich Mahmud Barzanji** aus **Suleimaniya**, der von diesen in seiner 1918 durchgeführten Wahl zum Gouverneur von Kurdistan gewählt worden war. Den Briten gelang es schließlich, ihn gefangenzunehmen. Sie verbannten ihn 1919 nach Indien (das damals ebenfalls britisch war). Beim **Vertrag von Sevres** betrachteten die Briten die kurdische Sache als ihr eigenes Mandat. Folglich wurden weder Westkurdistan (das heutige Türkei-Kurdistan) noch Südkurdistan (Irak-Kurdistan) als eigene Nation anerkannt. Die Briten konnten jedoch die arabische Bevölkerung der Wilayets Basra und Bagdad nicht unter kolonialer Kontrolle halten und beriefen daher den aus Damaskus vertriebenen Haschemitenprinzen **Faisal** zum König des Irak (1921), der britische Befehlshaber **Sir Percy Cox** trennte aber, um die unmittelbare Kontrolle über den Persischen Golf zu behalten, Kuweit aus dem Wilayet Basra heraus (1922), eine Maßnahme, die vom Irak bis heute nicht als rechtens anerkannt wird. Um die "Balance of powers" im Irak zu wahren, holten die Briten Barzanji aus Indien zurück und setzten ihn wieder als Gouverneur von Kurdistan ein. In einer anglo-irakischen Erklärung wurde das Recht der Kurden auf eine eigene Regierung auf dem Boden des Irak bestätigt (24.12.1922).



Bei den Verhandlungen in **Lausanne** mit der im Entstehen begriffenen Republik Türkei agierte anstelle des Königreich Irak das **Colonial Office** (Kolonialministerium Großbritanniens). Weil keine Einigkeit über die Zugehörigkeit des Wilayet Mosul erzielt werden konnte, kam es zur vom Völkerbund durchgeführten Volksabstimmung dort und deren Fälschung durch Großbritannien mit der Folge der bis heute bestehenden Einverleibung durch den Irak, der als Gegenleistung dafür Großbritannien die Ausbeutung der dortigen Erdölressourcen überließ (1926).

Den Kurden wurde die Benutzung ihrer eigenen Sprache in den nunmehr irakischen Provinzen zugestanden, jedoch nur bis zur Volksschulebene. Über Proteste kurdischer Parlamentsabgeordneter, die die Selbstverwaltung für Südkurdistan verlangten, gingen sowohl Briten als auch Araber hinweg. Auch Wahlboykotte und Appelle an den Völkerbund nutzten nichts. Gegen demonstrierende kurdische Schüler und Studenten wurde 1930 irakisches Militär eingesetzt; ein kurdischer Aufstand zusammengeschossen. Trotz der Fälschung des Völkerbundsreferendums wurde der Irak 1932 in den Völkerbund aufgenommen.

Das von Großbritannien wirtschaftlich völlig abhängige Königreich Irak konnte in den folgenden Jahren seine Autorität nach innen kaum behaupten: Massaker an den Assyrern 1933, Beduinenaufstand 1935, gescheiterter Militärputsch 1936 sowie immer wieder kurdische Revolten sind beredter Ausdruck dafür. Im **Vertrag von Saadabad** (8.7.1938) einigten sich schließlich Irak, Persien (später Iran) und die Türkei auf eine gemeinsame Bekämpfung einer "Bildung und Betätigung von Vereinigungen, Organisationen und bewaffneten Banden, die beabsichtigen, die etablierten Institutionen zu überwinden."

Gemeint waren damit in allen drei Ländern in erster Linie die Kurden.

Während des **Zweiten Weltkrieges** erfuhr die kurdische Erhebung insbesondere nach der Flucht des schon damals bekannten **Mustafa Barzani** aus irakischer Gefangenschaft (1943) einen Aufschwung. Eine britisch-irakische Offensive gegen die von ihm geführten **Peschmerga** blieb erfolglos, und so wurde 1944 ein Waffenstillstand vereinbart, in dem den Kurden eine relative Autonomie zugestanden wurde. Nach Beendigung des Krieges suchte Bagdad, das verlorene Terrain zurückzugewinnen, und Barzani suchte mit 10 000 Kämpfern im iran-kurdischen **Mahabad** Schutz; dort wurde am 22.1.1946 die **kurdische Republik Mahabad** ausgerufen.

Die Erfolge der Peschmerga beflügelten den kurdischen Widerstand. Im Irak wurde von Vertretern der kurdischen Intelligenz und des städtischen Kleinbürgertums die **Demokratische Partei (Irak-)Kurdistans (KDP)** gegründet (16.8.1946), zu deren Vorsitzendem Barzani in Abwesenheit gewählt wurde. Seit ihrem Bestehen bis heute hat die KDP im Gegensatz zu Organisationen, die eine gesamtkurdische Lösung anstrebten, an einer "kurdisch-arabischen Bruderschaft innerhalb eines gemeinsamen Vaterlandes" (Irak) festgehalten.

Am 14.7.1958 wurde die Monarchie im Irak durch eine Erhebung unter General **Abdul Karim Kassem** beseitigt. Der neugebildete Revolutionsrat löste die bestehende Föderation mit dem Haschemitischen Königreich Jordanien und kündigte den Bagdadpakt auf. Die vorläufige Verfassung von 1958 verkündete die demokratischen Freiheiten. In Artikel 3 heißt es:

"Die irakische Gesellschaft gründet auf der weitestmöglichen Zusammenarbeit ihrer

Anzeige

Handwerksbetrieb in Selbstverwaltung

Sonnen- und Windenergieanlagenbau GmbH

Planung und Montage
umweltfreundlicher Energiesysteme
Heizung, Elektroinstallation, Sanitärinstallation

z.B. Solaranlagen

Für Warmwasser
und Stromezeugung

denn: Der nächste Sommer kommt bestimmt!

Karl-Hermann-Straße 14 · 4352 Herten · Tel.: 0 23 66 / 4 39 65

Bürger, auf der Respektierung ihrer Rechte und ihrer Freiheiten. Dieser Nation gehören Araber und Kurden an, die Verfassung garantiert ihre nationalen Rechte im Rahmen des irakischen Gemeinwesens." Es war das erste Mal, daß ein Staat, der einen Teil Kurdistans beherrscht, verfassungsmäßig die nationalen Rechte der Kurden anerkannte. Die KDP wurde als legale Partei anerkannt, Barzani kehrte aus sowjetischem Asyl (in das er nach dem Zusammenbruch der Republik Mahabad 1947 gegangen war) nach Bagdad zurück.

Da die Regierung Kassem den Anspruch der **Baathpartei** (Partei der "Wiedergeburt" der arabischen Nation mit dem Programm einer Arabisierung der übrigen Völker) auf Regierungsbeteiligung ablehnte, wurde 1959 von einem Baath-Kommandotrupp, zu dem auch **Saddam Hussein al-Takriti** gehörte, ein fehlgeschlagenes Attentat auf Kassem unternommen, wonach Saddam Hussein nach Syrien floh. 1961 entließ Großbritannien das Emirat Kuwait formell in die Unabhängigkeit. Der Irak bekräftigte seinen Anspruch, daß Kuwait ein Teil des Irak sei, woraufhin britische Truppen Kuwait besetzten, um es gegen den Irak zu verteidigen. In einem Staatsstreich der Baathpartei vom 8.2.1963 ("Ramadan-Revolution") wurde Kassem gestürzt und umgebracht.

Während der Regierung Kassem war im Ringen um den Machterhalt ein verkündetes Recht nach dem anderen wieder außer Kraft gesetzt worden. Nachdem der Generalsekretär der KDP im Oktober 1960 in einer Rede den Anspruch des kurdischen Volkes auf Au-

tonomie in Irak-Kurdistan betont hatte, wurde er verhaftet und vor Gericht gestellt. Mehrere kurdische Zeitungen wurden verboten. Die kassemfreundliche Zeitung **Al Thawra** (=Die Revolution) forderte in mehreren Artikeln eine Assimilierung der Kurden. Daraufhin zog sich der KDP-Vorsitzende Barzani aus Bagdad in sein Heimatgebiet Barzan zurück. Am 13.9.1961 wurde Barzan durch die irakische Armee bombardiert. Der Bürgerkrieg begann erneut, wobei die Peschmerga unter Führung der KDP programmatisch die Autonomie von Irak-Kurdistan im Rahmen der Republik Irak und Reformen für die arbeitenden Klassen im Irak forderten. Sie stützten sich seit 1966 auch auf den iranischen Schah **Mohammed Reza Pahlevi** und fielen damit ihrer Schwesterorganisation **Demokratische Partei Iran-Kurdistans (DPK)** bei deren Kampf gegen den Schah in den Rücken.

Der 1961 begonnene irakisch-kurdische Krieg wurde nach dem Sturz der mit der UdSSR verbündeten Regierung Kassem (1963) fortgesetzt, die neue Regierung unter **Abdul Salam Aref** (Präsident) und dem Mitglied der Baathpartei, **Ahmed Hassan al-Bakr** (Premierminister), brachte der Peschmerga unter Barzani Zulauf von Angehörigen der Irakischen Kommunistischen Partei (IKP), nachdem das neue Regime unter den Kommunisten (denen vorgeworfen wurde, Kassem unterstützt zu haben) ein Blutbad angerichtet hatte. Großbritannien leistete dem Irak Waffenhilfe. Unterstützung bekam Bagdad auch durch ein Expeditionskorps aus



Syrien, wo (seit März 1963) die (syrische) Baathpartei an der Macht war. Nach Absetzung von al-Bakr durch Aref kam kurzfristig ein Waffenstillstand mit Barzani zustande (10.2.1964), der Krieg begann jedoch ein Jahr später (4.3.1965) erneut und mündete im Juni 1966 (nachdem die Peschmerga Waffenhilfe vom Schah erhalten hatten) in ein Debakel für die irakische Armee. Der Nachfolger von Abdul Salam Aref, sein Bruder Abdul Rahman Aref, schloß erneut einen Waffenstillstand, doch nachdem die Baathisten durch einen Militärputsch (17.7.1968) erneut an die Macht gekommen waren (al-Bakr wurde Präsident, Saddam Hussein Vizepräsident), eröffnete das Baathregime im April 1969 mit Massakern an kurdischen Bauern in der Ebene von **Kirkuk** den 4. Kurdistankrieg. Während des Kampfes verhandelten die Parteien miteinander und schlossen schließlich das Abkommen vom 11.3.1970 (auf das sich bei den Verhandlungen 1991 zwischen Saddam Hussein und Massud Barzani, einem Sohn von Mustafa Barzani, sowie Djalal Talabani letztere stützten). Nach 1970 wurde das Abkommen in seinen wesentlichen Punkten (Autonomiestatus für Irak-Kurdistan, Rückgabe der Gebiete um Kirkuk an die vertriebenen Kurden) mangels Interesses der Baathpartei daran nicht verwirklicht; versuchte Attentate auf Bar-

Mann Polizeistreitkräfte) gegen rund 50 000 Peschmerga antrat, jedoch über 1 Jahr lang keinen Boden gewinnen konnte und daher Massaker an der Zivilbevölkerung anrichtete, die wie militärische Siege gefeiert wurden und zur Flucht von über 300 000 Kurden in die Berge (mit den Folgen Hunger, Kälte, Typhus, Cholera) führten.

Das Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung erwies sich als Achillesferse der irakisch-kurdischen Peschmerga. Als strategischer Fehler erwies sich das Angewiesensein auf Waffenhilfe aus den USA über den Iran und auf iranisches Territorium als Hinterland, denn als sich 1975 der Iran und der Irak im Abkommen auf der OPEC-Konferenz von Algier über den Schatt el-Arab (Euphrat- und Tigrismündung in den Persischen Golf) als Grenze einigten (womit der Irak auf einen ungehinderten Zugang zum Golf faktisch verzichtete) und der Irak endgültig aus der (längst brüchig gewordenen) Bindung an Moskau herausgebrochen worden war, bestand auch kein Interesse der USA mehr an einer Unterstützung des kurdischen Freiheitskampfes. Der Iran schloß für die Peschmerga seine Grenzen, deren Kampf brach zusammen, Barzani ging ins Exil in die USA, wo er 1979 starb.

Die Niederlage von 1975 führte unter den irakischen Kurden im Kampf um die politische



zani, willkürliche Ausweisung einiger zigtausend Kurden als "iranische" Staatsbürger, Folterungen, Zwangsevakuierungen ganzer Ortschaften und das Stellen eines Ultimatums an Barzani führten zum 5. Kurdistankrieg, bei dem die gesamte irakische Armee (120 000 Mann Landstreitkräfte, 700 Panzer, 11 000 Mann Luftstreitkräfte, mehrere hundert Flugzeuge, darunter Mig 23, 20 000

Linie zum Auseinanderbrechen der KDP in mehrere Parteien, von denen die KDP heute wieder die stärkste ist; zahlenmäßig bedeutsam ist darüberhinaus die **Patriotische Union Kurdistans (PUK)** unter **Talabani**. Heute sind die irakisch-kurdischen Parteien in der **Kurdistan-Front** zusammengeschlossen, die sich während des Irak-Iran-Krieges herausgebildet hat und

durch den Iran unterstützt wurde. Besonders der Giftgasüberfall durch das Baathregime 1988, bei dem allein in Halabja 5000 Menschen umkamen, hatte ihnen die Notwendigkeit einer Einigung vor Augen geführt.

Der im Vertrauen auf Unterstützung durch die USA nach dem Golfkrieg von 1991 begonnene kurdische Aufstand endete in einem Massaker der irakischen Armee an der kurdischen Zivilbevölkerung; die USA und ihre Alliierten griffen auch nicht ein, als die irakische Armee ihre (von Mercedes-Benz gebauten) Kampfhubschrauber zum Einsatz brachte, um die Flüchtlinge aus der Luft zu beschießen. Seit die Führer von KDP (Masud Barsani) und PUK (Djalal Talabani) nach Niederschlagung des kurdischen Aufstands in Irak-Kurdistan im Mai 1991 und der vorherigen Ermordung von rund 150 000 Kurden durch das Baathregime mit Saddam Hussein erneut in Verhandlungen getreten sind, nimmt der Zulauf von irakisch-kurdischen Widerstandskämpfern zur PKK ständig zu, die ihr Hauptquartier inzwischen aus Syrien in den Libanon verlegt hat. Heute spielt die an den politischen Positionen der PKK ausgerichtete PAK (Partei der Freiheit Kurdistans) eine immer stärkere Rolle im Kampf gegen das Baathregime, insbesondere nach dem Abzug der Alliierten aus den "Schutzonen".

Nachdem die türkische Armee seit Juli 1991 bereits wiederholt Operationen im Grenzgebiet auf irakisch-kurdischem Territorium durchgeführt und dabei auch Giftgas und Napalm gegen kurdische Ortschaften eingesetzt hat, hat auch die irakische Armee seit Oktober 1991 ihre Angriffe auf kurdische Gebiete wiederaufgenommen und unter anderem die

Stadt Erbil bombardiert. Offenbar besteht zwischen der türkischen und der irakischen Armee ein geheimes Einverständnis, die kurdische Freiheitsbewegung in die Zange zu nehmen. Noch unter Özal wurde der KDP-Führung gleichzeitig mit den militärischen Operationen in Irak-Kurdistan "angeboten", Irak-Kurden eine menschenleere Pufferzone zwischen Irak und Türkei zur Verfügung zu stellen, wenn sie sich am Kampf gegen die türkisch-kurdische Erhebung beteiligen. Ein zynisches Angebot auch angesichts der Tatsache, daß in diesem Territorium praktisch keine festen Gebäude mehr existieren und im bevorstehenden Winter mit Frost von über 20 Grad minus zu rechnen ist. Von kurdischer Seite wird bereits heute davor gewarnt, daß der "Krieg gegen den Winter" dem kurdischen Volk vermutlich ein Vielfaches an Opfern im Vergleich zum Giftgas- und Napalmkrieg abverlangen wird.

MEMÊ
ALAN



ANZEIGE



**AFRO
LATIN
MUSICPUB**

Café
Cuba

Westbahnhof 1 (S-Bhf.) Essen A430 E-Hobeisenbr. ☎ 0201/708884

Essen & Trinken & jede Menge:
Salsa, Samba & Afro-Musik

Comida & Bebida & Cantidad de:
Salsa, Samba, Merengue & Cumbias

INTERVIEW MIT EINEM VERTRETER DES ISTANBULER MENSCHEN RECHTSVEREINS

Anfang Dezember hatten Redakteure unserer Zeitschrift die Gelegenheit, mit einem Vertreter des Istanbuler Menschenrechtsvereins ein ausführliches Interview zu machen.

Er ist auf Einladung der türkischen Organisation DIDF (Demokratische Arbeitervereine der Türkei in der Bundesrepublik) in der BRD und spricht auf verschiedenen Veranstaltungen über die politische Entwicklung in der Türkei.

AntifaZ: Unsere Zeitschrift besteht seit über fünf Jahren. Etwa seit zwei Jahren berichten wir auch regelmäßig über internationale Entwicklungen, insbesondere die anti-imperialistischen Kämpfe der Völker.

Artikel über die Kämpfe der Völker der Türkei und Kurdistan hatten dabei einen besonderen Schwerpunkt.

Unser Verständnis des Antifaschismus ist ein internationalistisches, da wir als Waffe gegen den faschistischen Nationalismus die internationale Solidarität begreifen.

Levent Tüzel: Wir begrüßen es, wenn sich eure Zeitschrift nicht nur mit dem Faschismus in Deutschland, sondern auch mit der internationalen Situation beschäftigt. Wenn dies Interview dazu beitragen kann, genauer über die Situation in der Türkei zu informieren, bin ich gerne dazu bereit.

AntifaZ: Wir haben in den vergangenen Ausgaben ausführlich über Kurdistan berichtet, weniger allerdings über die Situation der demokratischen und sozialistischen Kräfte in der Türkei. Was kannst Du uns hierzu sagen?

Levent T.: Ich will zuerst auf die geschichtliche Entwicklung der demokratischen und sozialistischen Bewegung in der Türkei eingehen, danach auf die aktuelle politische und wirtschaftliche Situation in der Türkei zu sprechen kommen.

Die Geschichte des Kampfes für Demokratie und Sozialismus in der Türkei beginnt schon relativ früh, im Grunde seit der Gründung der modernen Türkei, das war in den zwanziger und dreißiger Jahren, und noch zeitlich davor.

Ich meine allerdings, daß die erwähnenswerte Geschichte dieser Bewegung Ende der sechziger Jahre beginnt. In diesem Zeitraum liegen die wichtigen Ereignisse der Geschichte dieser Entwicklung.

Die demokratische und sozialistische Entwicklung nach Ende der sechziger Jahre nahm eine immer größere Stärke an, und Anfang der achtziger Jahre war sie dann so stark geworden, daß sich breite Massen dem revolutionär-demokratischen Kampf anschlossen hatten.

Der antiimperialistische Kampf hatte solche Stärke angenommen, daß z.B. zehntausende revolutionär-sozialistischer Zeitschriften gekauft wurden.

Dann fand jedoch, wie bekannt, am 12. September 1980 der Militärputsch statt, durch diesen Putsch wurde ein großer Teil des Kampfes niedergeschlagen.

Diese Konterrevolution - denn der Militärputsch kann als ein konterrevolutionärer Akt bezeichnet werden - war anfangs erfolgreich, die revolutionäre Bewegung erlitt eine Niederlage, aber kurze Zeit später erholten sich in erster Linie die Massen wieder, und mit dem Anwachsen der Massenkämpfe haben sich auch die antiimperialistischen, sozialistischen und demokratischen Gruppen und Organisationen erholt und haben ihre historischen Aufgaben wieder aufgenommen.

Sie sind dann mit der Zeit auch wieder etwas stärker geworden.

Dazu muß erwähnt werden, daß auch international die Bewegung, die sich sozialistisch nennt, oder besser gesagt, einige Teile davon, durch eine Entwicklung beeinflußt worden sind, die man "Gorbatschowismus" nennen könnte. Für viele bedeutete dies, daß es einen starken Rechtsruck gab, auch innerhalb der revolutionären Bewegung in der Türkei und in Kurdistan. Dies führte dazu, daß die revolutionäre Bewegung etwas schwächer wurde, aber zur Zeit haben sich die revolutionären Kräfte von diesem Schlag erholen können und sind jetzt damit beschäftigt, die Aufgaben zu lösen, die ihnen die Geschichte auferlegt hat.

AntifaZ: Eine kurze Nachfrage. Wenn Du von "erholen" sprichst, könnte das mißverstanden werden, wenn man sich die soziale Lage in der Türkei anschaut, mit den Betrieben, in denen die Arbeiter nicht einmal genug verdienen, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Vielleicht kannst Du uns auch etwas über die Entwicklung von Löhnen und Preisen sagen, und inwieweit diese Entwicklung zur Entfaltung der Massenkämpfe beigetragen hat.

Levent: Um einem eventuellen Mißverständnis vorzubeugen, will ich auf die Lage der Arbeiter etwas genauer eingehen, wie sie kurz vor dem Putsch ausgesehen hat.

Es bestand wirklich in vielen gesellschaftlichen Bereichen eine relativ fortgeschrittene revolutionäre Entwicklung, und in wirtschaftlicher Hinsicht hatte diese Entwicklung zur Folge, daß die herrschenden Klassen nicht mehr alles, was sie durchsetzen wollten zur Unterdrückung der Arbeiter, auch durchsetzen konnten. Zum Beispiel die **Beschlüsse vom 24. Januar 1980**, neun Monate vor dem Putsch, Beschlüsse, die vom internationalen Währungsfond vorgeschrieben worden waren, konnten nicht durchgesetzt werden. Landesweit hatten die Arbeiter in vielen Betrieben die Produktion lahmgelegt, es gab einen sehr breiten Widerstand. Zum zweiten sahen sie auch ihre Herrschaft in Gefahr, auch in politischer Hinsicht konnten sie nicht alles durchsetzen, was sie sich vorgenommen hatten. Das hat zur Folge gehabt, daß sie diese Konterrevolution inszeniert haben, und was danach geschah, war natürlich in erster Linie, die Streiks zu verbieten, die Gewerkschaften, allen voran die DISK, das ist die Kampforganisation der revolutionären Arbeitergewerkschaften, zu verbieten...

AntifaZ: Der DGB der Türkei?

- o **Levent:** Nicht der DGB. Der DGB ist ja nicht unbedingt eine fortschrittliche Gewerkschaft, während die DISK eine revolutionäre Gewerkschaft war.

Wie erwähnt, wurde die DISK verboten, ihr Besitz beschlagnahmt. Die Tarifpolitik sah dann so aus, daß es keine Tarifverhandlungen mehr gab. Es gab ein von den Militärs eingesetztes Gremium, das allein über die Tarife zu bestimmen hatte.

Es wurde dann mit Waffengewalt versucht, die Beschlüsse vom 24. Januar umzusetzen. Das bedeutete natürlich in wirtschaftlicher Hinsicht eine sehr schmerzliche Erfahrung für die Arbeiter, z.B. wurde in dem Jahrzehnt nach dem Putsch der Reallohn um ein Vielfaches herabgesetzt, stiegen auf der anderen Seite die Preise um ein Vielfaches.

Ich möchte noch einen anderen Aspekt nennen:

Dieser Militärputsch hat auf der anderen Seite sich seinen Feind selber geschaffen, seine Gegner selber hervorgebracht.

Es wurden ja nach dem Putsch 600 000 Menschen in die Gefängnisse gesteckt, Zehntausende wurden gefoltert, Tausende kamen um. Wenn man sich allein das familiäre Umfeld dieser 600 000 Menschen vorstellt, kann man

sich vorstellen, wie groß die Zahl wurde, die dem Militär nicht wohlgesonnen war, dies ist schon ein sehr großes Potential, das nicht zu unterschätzen ist. Dies war eine Kraft, die den gesellschaftlichen Widerstand mit formiert hat.

Bevor ich gleich auf die heutige Situation in der Türkei zu sprechen komme, möchte ich noch einige Worte über die Bedeutung der Türkei und Kurdistans in der internationalen Situation sagen.

Es ist so, daß es in der Türkei eine Situation gibt, die zur Hoffnung Anlaß gibt. Das ist so gemeint, daß seit 1989 auf der Bühne, auf der die Arbeiter, die Beamten und Schüler kämpfen, es ziemlich heiß hergeht. Diese Bewegung ist ziemlich stark geworden. Auf der anderen Seite ist seit 1985 in Türkei-Kurdistan ein sehr starker Kampf zu verzeichnen, der damals in Form von einzelnen Gefechten begann, der heute in eine Form übergegangen ist, die sich so darstellt, daß breite Massen am bewaffneten Kampf teilnehmen und sehr breite Massen diesen Kampf unterstützen.

Dieser erstarkende Kampf breiter Massen für Demokratie und Freiheit bringt die Türkei in eine wichtige Situation im Mittleren Osten, macht sie aber auch für die westlichen Kapitalisten sehr wichtig. Denn heute spricht ja weltweit jeder davon, daß der Sozialismus tot sei, aber in der Türkei gibt es eine Bewegung, die den revolutionären Sozialismus propagiert und die immer stärker wird.

Die revolutionären Sozialisten sind der Ansicht, daß diese Entwicklung in der Türkei und in Türkei-Kurdistan die Türkei in den Mittelpunkt der Entwicklung im Mittleren Osten, aber auch Westeuropas stellt. Ich teile diese Ansicht.

Im folgenden werde ich kurz auf die Situation heute eingehen, insbesondere im Hinblick auf die Wahlen, die am 20. Oktober dieses Jahres durchgeführt worden sind. Dies waren ja, wie bekannt sein dürfte, vorgezogene Wahlen. Warum wurden sie vorgezogen? Es gab vorher die **ANAP (=Mutterlandspartei)-Regierung**, die seit acht Jahren die Regierung bildete. Die Mutterlandspartei hatte gerade, sechs Monate vor den Wahlen, einen neuen Ministerpräsidenten ernannt, dieser neue Ministerpräsident, M. Yilmaz, war als großer Hoffnungsträger lanciert worden, es war eigentlich noch eine lange Zeit hin bis zu den regulären Wahlen.

Die ANAP-Regierung war eine Fortsetzung des Militärregimes auf ziviler Ebene, diese acht Jahre voller Unterdrückung und Ausbeutung führten dazu, daß diese Regierung einen

großen Prestigeverlust erlitt, nicht nur die Regierung, sondern das parlamentarische System in der Türkei insgesamt. Das Volk hatte seine Beziehungen in sehr hohem Maße zu dem parlamentarischen System abgebrochen. Die politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen der ANAP-Regierung hatten dazu geführt, daß das Volk dem parlamentarischen System den Rücken gekehrt hatte.

Das System suchte frische Kräfte, die noch nicht abgenutzt waren, und wollte dem Volk zeigen, daß es doch zu demokratischen Maßnahmen in der Lage sei, daß insbesondere die gewählten Politiker auch abgewählt werden konnten.

Deswegen wurden die Wahlen vorgezogen.

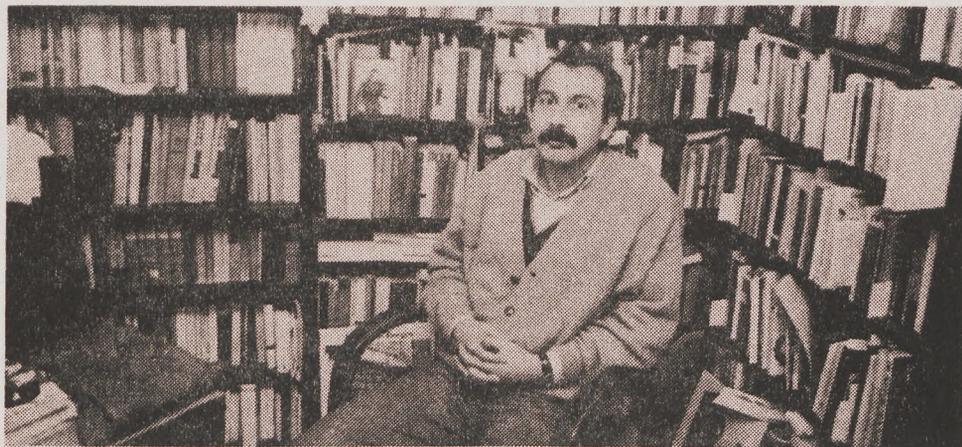
AntifaZ: Kannst Du uns nun darüber berichten, weshalb Du nach Deutschland eingeladen worden bist, und was Ihr von der westdeutschen demokratischen und antifaschistischen Bewegung erwartet?

Levent: Ich bin nach Deutschland eingeladen worden von der DİDF, der Föderation der demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei in der Bundesrepublik e.V. Ich bin eingeladen worden, weil ich ein Mitglied des Menschenrechtsvereins in Istanbul bin, ich werde mit Freundinnen und Freunden von der DİDF an Veranstaltungen teilnehmen und über das Antiterrorgesetz, Beispiele seiner Anwendung, die Situation in den Gefängnissen und über die Menschenrechtssituation im allgemeinen in der Türkei berichten.

AntifaZ: Könntest Du über aktuelle Fälle von Menschenrechtsverletzungen berichten? Uns würde speziell auch der Fall des Transsexuellen Demet interessieren, auch auf dem Hintergrund der Berichte von einer Solidaritätsdemonstration von Homosexuellen, die kürzlich in Berlin stattfand.

Levent: Wenn man bei uns Menschenrechte sagt, dann kommen einem gleich in den Sinn Festnahmen, Folter, Ermordung bei Folter, daß Menschen verschwinden, usw., daß es kein praktizierbares Recht auf Verteidigung gibt, daß Menschen auf offener Straße erschossen werden, daß es Erschießungen ohne Todesurteile gibt. Auch wir als Menschenrechtsverein haben viele Mandanten, die als politische Gefangene in Gefängnisse gesteckt wurden. Wenn wir einen Mandanten haben und das erste Mal mit ihm ein Gespräch führen sollen, wird uns gleich von ihm berichtet, sie haben mich gefoltert. Wir versuchen dann, ärztliche Atteste zu besorgen, schaffen es aber nicht immer. Wenn ein Mandant z.B. in Polizeigewahrsam ist, wollen sie mit tausend Ausreden uns daran hindern, daß wir unsern Mandanten sprechen. Ich nenne als Beispiel einen meiner Mandanten, das ist Hüseyin Özlütas, er wurde gleich nach dem 12. September 1980 verhaftet, ist heute 45 Jahre alt, hat zwei Kinder, ist Ingenieur von Beruf, er wurde nach seiner Verhaftung 90 Tage lang schwersten Folterungen ausgesetzt, als Folge dieser Folterungen ist er heute gelähmt. Man hat ihn zwei Jahre lang im Gefängnis behalten, ohne daß es zu einer Gerichtsverhandlung kam, und bei der ersten Gerichtsverhandlung ist er freigesprochen worden. Am 21. November dieses Jahres, also kurz vor meiner Abreise aus der Türkei, haben wir gemeinsam das Recht auf Individualbeschwerde bei der europäischen Menschenrechtskommission in Anspruch genommen. Er hatte in der Türkei auf Wiedergutmachung geklagt, er hat 150 Mio. Türk. Lira gefordert, das sind umgerechnet 50 000 DM. Das Gericht hat ihm 11,5 Mio Türk. Lira zugestanden.

Es geht uns bei dieser Individualbeschwerde nicht ums Geld, wir wollen erreichen, daß die Türkei als ein Land verurteilt wird, in dem gefoltert wird.



Levent Tüzel beim Interview

Nun einige Worte zur Lage der Frauen in der Türkei. Die Frauen werden ja in der türkischen Gesellschaft in fast allen Gesichtspunkten benachteiligt. Diese Benachteiligung findet sich auch in der Gesetzgebung, da gibt es viele Gesetze, die die Frauen als Menschen zweiter Klasse behandeln. Z.B. wurde dies bei den letzten Wahlen wieder ganz offensichtlich. Die Zahl der Parlamentarierinnen beträgt 8, von insgesamt 450.

AntifaZ: Eine Zwischenfrage, es gibt doch in der Türkei die Pflicht zu wählen, ist das richtig?

Levent: Es gibt die Wahlpflicht, wer nicht hingeht, muß 50 000 Lira Strafe bezahlen.

Die schwierigeren Bedingungen, denen Frauen ausgesetzt sind, herrschen natürlich auch in Polizeigewahrsam, im Gefängnis.

Es wurde die Frage nach Demet gestellt. Sie ist bei uns auf einem Kongreß aufgetreten und hat ein Referat gehalten. Dieser Kongreß wurde vom Menschenrechtsverein in Istanbul durchgeführt. Sie ist eine sehr kämpferische Person, sie hat sich nicht alles gefallen lassen. Ihr wurde Polizistenbeleidigung vorgeworfen, sie ist schlimmsten Mißhandlungen ausgesetzt gewesen, sie ist geprügelt worden. Als sie auf dem Kongreß auftrat, hat man die Folgen der Prügel noch gesehen, es wurden ihr die Haare abrasiert. Die Polizeiwache in Istanbul, auf der sie die meiste Zeit war, ist auch dafür bekannt, daß sie mit Homosexuellen und Transvestiten sehr hart zur Sache geht, daß diese dort sehr schlimm mißhandelt werden.

Man kann auch noch andere konkrete Beispiele nennen, die verdeutlichen, wie es unter der neuen Regierung aussehen wird.

Vor 20 Tagen ist Hüseyin Turaman von Polizisten abgeholt worden, bis heute ist nichts von seinem Verbleib bekannt. Seine Mutter war bei dem neuen Innenminister, Ismet Sezgin, er erklärte ihr, daß er die Sache zur Kenntnis genommen hat, er wisse auch, daß er sich in Polizeigewahrsam befinde, wisse aber nicht, wo er sich befinde.

Allein dies Beispiel zeigt, welche Kompetenz ein Parlament in der Türkei hat, daß es nicht über die Regierungsgewalt verfügt, daß die Entscheidungen woanders getroffen werden.

Es gibt ein weiteres Beispiel von Ermordung in Polizeigewahrsam durch Folter, Yüzel Özen. Er ist vor sechs Tagen, so heißt es in der türkischen Tagespresse, umgekommen. Es hieß, er sei aus dem Fenster gesprungen. In dem Autopsiebericht wird angegeben: Innere Blutungen und Darmverschlingungen. Die meisten Todesfälle, die in Polizeigewahrsam passieren, weisen einen gemeinsamen Punkt

auf, die Ähnlichkeit der von den Ärzten attestierten Todesursachen. Z.B. bei Imran Aydin, der im März des Jahres in Ankara ermordet wurde, oder bei Veli Geles, in allen Fällen hieß es: Selbstmord begangen oder bei der Flucht umgekommen. In den meisten Fällen konnten wir von Ärzten attestieren lassen, daß der Tod Folge von Verletzungen durch Elektroschock o.ä. war. Weitere Beispiele sind Ismail Oral, Hatice Dilek in Istanbul, Murtaza Kaya, bei ihnen, die auf offener Straße erschossen wurden, heißt die Erklärung: Wir haben die Terroristen "tot gefangenommen".

Das sind nicht wenige Fälle, bei denen es diese "Erklärung" gibt. Ein letztes Beispiel: Ismail Besikci ist vor kurzem wieder verhaftet worden, diesmal wurde er verhaftet wegen eines Buches von ihm, wegen dessen er schon mal verhaftet und verurteilt wurde und auch eingesperrt hat.

Es wurde ein neues Verfahren eröffnet, diesmal nach dem Art. 8 des Antiterrorgesetzes. Das Buch heißt "Die Zwangsansiedlung der Kurden".

All diese Entwicklungen zeigen, daß sich eigentlich überhaupt nichts geändert hat. Diese Entwicklung wird auch in Zukunft unsere Arbeit für die Einhaltung und Anerkennung der Menschenrechte in der Türkei erforderlich machen.

Daher habe ich auch einen Appell an die Menschen hier, an die AntifaschistInnen, an unsere europäischen Freundinnen und Freunde zu richten, diese Arbeit, die wir in der Türkei machen und fortsetzen, zu unterstützen. Wir brauchen die Unterstützung aller demokratischen Kräfte.

Wir brauchen darüber hinaus auch finanzielle Unterstützung unserer europäischen Freundinnen und Freunde, die wir bitter nötig haben.

AntifaZ: Herzlichen Dank für dieses Interview. Wir wünschen Levent eine erfolgreiche Reise durch die Bundesrepublik und werden seinen Vorschlag zur stärkeren Zusammenarbeit mit türkischen Organisationen in der BRD, wie der DIDF, sicher aufgreifen. Wir rufen zum Schluß all unsere LeserInnen auf, für die Arbeit des Istanbulers Menschenrechtsvereins zu spenden, und zwar auf das Konto:

PGiroA Essen

Kto.-Nr.: 220 574-430

BLZ 360 100 43

Flüchtlingsrat Oberhausen

IRLAND - DIE GRÜNE INSEL ? (TEIL II)

Hier nun der in der vergangenen Ausgabe angekündigte zweite Teil des Irland-Berichtes von Manfred Fischer. Wir hoffen, die Berichterstattung in weiteren Ausgaben ergänzen zu können.

Leider ist nur ein kurzer Abschnitt der historischen Stadtmauer Derrys zugänglich. Stacheldraht versperrt den Weg. Haushohem Metallgitter steht man gegenüber, dort am höchsten Punkt der Stadt. Von hier aus überblickt man gut die **Bogside** und weitere nationalistische (katholische) Wohnviertel. Die Absperrungen nehmen ein kaum zu beschreibendes Ausmaß an: ein Wachturm mit Schießscharten, Fanggitter, Wellblechteile und ein alles überragender Gittermast, vollgehängt mit Kameras und allerhand Elektronik, die jede Bewegung seitens der nationalistischen Bewohnerschaft kontrollieren soll. Innerhalb der Absperrung befindet sich auch das Gerichtsgebäude, es wird weiträumig von RUC-Polizisten mit vorgehaltenen Gewehren bewacht. Die Straße ist durch Betonblöcke für Fahrzeuge unpassierbar gemacht. Wir weichen instinktiv zurück und nehmen einen Seitenweg. Doch nach einem Rundgang befinden wir uns plötzlich im Rücken der Bewaffneten. Mulmig wirds schon, doch nichts passiert.

Die Blauuniformierten machen den Eindruck einer Spezialeinheit. **RUC (Royal Ulster Constabulary)**, der Name verrät, nein, demonstriert Parteilichkeit. Diese Sorte Polizei ist ganz und gar Ausdruck des willkürlichen und künstlichen nordirischen Staatsgebildes.

Die Grenzziehung folgte dem Ziel, die der Krone ergebene(n) (protestantischen) Bevölkerungsteile Irlands einzubeziehen und die der irischen Nation verbundenen (katholischen) Bewohner in der Minderheit zu halten. **Ulster**, als Synonym für Nordirland eingeführt, ist nicht voll identisch mit dem eigentlichen Ulster, der nördlichen der vier irischen Provinzen.

Die RUC ist unablässig und mit äußerster Brutalität gegen die nationalistischen Gemeinschaften vorgegangen. Dabei bediente sie sich aus Großbritannien stammender Ausnahme Gesetze - letzte Machwerke aus einer Jahrhunderte alten Geschichte der Unterjochung kolonialisierter Völker. Mehrfache Verurteilungen durch die europäischen Menschenrechtsgerichte haben kein Umdenken bewirkt.

Die **Irisch-Republikanische Armee (IRA)** benennt die RUC ebenso wie die britische Armee als ihr legitimes Hauptangriffs-

ziel. Auch führende Köpfe sind nicht verschont geblieben.

Die Gegenwehr begann vor Jahren, als die IRA eine Serie von Bombenangriffen auf bestimmte Gebäude und Einrichtungen in der Innenstadt Derrys ausführte. Überfälle der Sicherheitskräfte, unterstützt von bewaffneten loyalistischen (protestantischen) Horden waren vorausgegangen. Die Aktionen der IRA werden als sehr präzise beschrieben, sowohl hinsichtlich ihrer Treffsicherheit, als auch der Vermeidung ziviler Opfer.

Die Innenstadt Derrys soll wie nach einem Luftangriff ausgesehen haben - mir als Besucher graut vor dem Gedanken. Die Einsicht, daß Unterdrückte ihre Widerstandsformen selbst bestimmen, gerät plötzlich in Konflikt mit dem spontanen Interesse an den schätzenswerten Baulichkeiten der Stadt.

Aber meinen Empfindungen als Besucher Derrys stehen die bitteren Erlebnisse seiner Bewohner gegenüber, und diese sind unvergleichlich.

In den nationalistischen Gemeinschaften kam Genugtuung auf. Nach langer Zeit der Erniedrigung hatte die Gegenwehr eingesetzt, und die anfängliche Defensive war erfolgreich verlassen worden. Die IRA erlebte eine erstaunliche Aufwärtsentwicklung, unfassbar für das mächtige Großbritannien. Ihm war ein Gegner erwachsen, der selbst nach Einschätzung eigener Experten nicht mehr auszuschalten ist.

Von der östlichen Seite des Hügels, auf dem das ursprüngliche Derry liegt, ist sie am besten zu sehen - die berühmteste Giebelwand der Welt. Da steht es schwarz auf weiß, mit großen, ordentlichen Buchstaben:

YOU ARE NOW ENTERING FREE DERRY.

(Es gabe einmal eine große Kolonie in Amerika, sie benötigte eine riesige Statue, das bescheidene Irland begnügt sich mit einem Gebäuderest).

Von der Bevölkerung im Sinne eines einigen, selbstbestimmten Irlands gehegt und gepflegt, hat die Giebelwand immer wieder Attacken ausgehalten, unzählige Male wurde die Schrift ausgebessert oder erneuert. Einmal ist die Mauer sogar von einem Panzerwagen gerammt worden.

Hier, wo sich die heute freistehende, rückwärts gestützte Hauswand befindet, begann

vor über 20 Jahren der Kriegszustand, unter dem Nordirland bis zum heutigen Tage leidet. Wahrscheinlich haben seither 3000 Menschen ihr Leben verloren. Eine hohe Zahl für das kleine Land, die, übertragen auf Deutschland, sich auf weit über 100 000 belaufen würde.

Das brennendste Stück irischer Zeitgeschichte des letzten Vierteljahrhunderts läßt sich an dieser, "Free Derry Corner" genannten, Stätte revuepassieren: Das Ende der sechziger Jahre, die Zeit weltweiter Revolten, Aufstände und Bürgerrechtsbewegungen. Die nationalistische Bevölkerungsminderheit Nordirlands befand sich in einer äußerst desolaten Situation. Eklatant war die ungleiche Vergabe der ohnehin zu geringen Zahl an Wohnungen und Arbeitsplätzen.

Das Wahlrecht spottete jeder Beschreibung. Es gab das sogenannte **Gerrymandering**, ein Begriff für die kalkulierte Verschiebung von Wahlkreisgrenzen. Hinter der, später unter dem Schlagwort "One Man, one Vote" be-



Volunteers against the Brits

kannt gewordenen, Forderung verbarg sich außerdem der Sachverhalt, daß grundbesitzende Wähler bis zu **sechs Stimmen** abgeben konnten. Das Abstimmungeergebnis war damit vorprogrammiert.

Die Anfänge der nordirischen **Civil Rights Association (NICRA)** gehen von Studenten der Belfaster Universität aus.

Die Forderungen zielen auf Gleichbehandlung der beiden Bevölkerungsgruppen, darunter befanden sich nicht wenige Rechte, die laut Verfassung jedem Bürger des vereinigten Königreiches zustehen. Weitergehende Forderungen wurden nicht gestellt, nicht die "Klassenfrage", und die "nationale Frage" schon gar nicht.

Zu diesem Zeitpunkt hätte es in Großbritannien Interesse liegen können, ohnehin unvermeidbare Reformen zuzugestehen. Die denkbare Absicht, der Bewegung den Wind aus den Segeln zu nehmen, wurde nicht verfolgt, dennoch mußte beispielsweise das nicht in die Zeit passende Wahlrecht aufgegeben werden. Doch zunächst ließ Großbritannien seinen Statthaltern freie Hand, ganz nach Kolonialherrenmanier gegen die Bürgerrechtler vorzugehen.

'68 im Oktober sperrten sie Derry, kesselten die Marschierer ein, die versucht hatten, jede Konfrontation zu vermeiden, und schlugen sie erbarmungslos zusammen. (Im folgenden Monat gelang es der nationalistischen Bevölkerung erstmalig, das ausschließlich für sie geltende Demonstrationsverbot innerhalb des historischen Wallringes zu übertreten. Es waren die Arbeiterinnen der Hemdenfabrik, die damit einen urtümlichen Bann brachen).

Die Anhänger des exklusiven nordirischen Teilstaates waren jedoch mit der Zerschlagung der Bürgerrechtsmärsche längst nicht zufriedengestellt. Loyalistische (protestantisch-extreme) Schlägertrupps schworen Rache und setzten zum Sturm auf die nationalistischen Gebiete an, ebenso die für den Ulster-Staat typischen paramilitärischen Gruppierungen. Die RUC-Polizei unterstützte die Angreifer.

Die tödlich bedrängten Familien verteidigten sich, so gut es ging. Eine Organisation, die Schutz hätte bieten können, gab es nicht. Die **IRA**, an die in dieser Situation sicher viele gedacht haben mögen, war als militärische Kraft nicht mehr vorhanden. Anderswo wurden die drei Buchstaben provokativ mit "I Run Away" übersetzt.

Der erste Tote seit Beginn des "Trouble" genannten Krieges geht auf das Konto der RUC. Im **April 1969** brach sie, während eines Aufruhrs, in ein Haus am Rande der Bogside ein und erschlug einen Bewohner. Die staat-

lichen Autoritäten hatten ein weiteres Mal den "Point of No Return" gesetzt.

Die den Wohnquartieren vorgelagerte Freifläche, auf der ich mich im August des Jahres 1991 befinde, ist erst nach den Zeiten der Straßenkämpfe geschaffen worden. Die großen Wohnblöcke sind verschwunden, von ihnen ging der wirkungsvollste Widerstand gegen die Feinde der nationalistisch-republikanischen Gemeinschaft aus.

Hier tobte die "**Battle of the Bogside**" am heftigsten. Die massiven Angriffe wurden erfolgreich abgewehrt, die umkämpften Barrikaden hielten stand, und Free Derry blieb Sieger. Der unionistische Staat hatte eine nachhaltige Schlappe erlitten, seinen Vertretern wurde der Zutritt verwehrt, eine eigene Verwaltung aufgebaut, und die als dringend benötigte Selbstverteidigungsgruppe wiedererstarke IRA (Provisionals) übte Polizeifunktion aus. Der Neubeginn der Geschichte beider führender republikanischer Organisationen Sinn Fein (politisch) und IRA (militärisch) erfolgte in diesen Tagen und auch an diesem Ort. Sie klingt irisch-untypisch und sollte daher kurz umrissen werden.

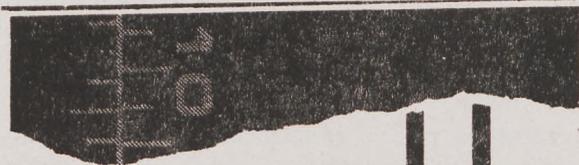
In der Zeit, als die Kämpfe begannen, verbargen sich hinter den beiden geschichtsverbundenen Bezeichnungen Organisationen, die weitgehend mit sich selbst beschäftigt waren. Der Druck der äußeren Vorkommnisse hatten einen Theorienstreit hinsichtlich des zu-

künftigen Vorgehens entfacht. Zwei unterschiedliche Positionen brachen hervor. Der Großteil um die alten Führungen von Sinn Fein (SF) und IRA sprach sich für eine von einem Klassenkampfschema ausgehende Überzeugungsarbeit aus. Militärische Gegenwehr wurde als sektiererisch verurteilt. An den Rändern der bisherigen Gruppierungen hingegen trafen sich die einerseits als konservativ, nationalistisch, andererseits als geringer politisiert, aber entschlossen militant beschriebenen Republikaner. Die Zeit drängte, SF und IRA spalteten sich jeweils in die (anfangs eher linken) **Officials** und in die (anfangs eher rechten) **Provisionals**. Letztere machten in Kürze eine schnelle quantitative und qualitative Entwicklung durch. Die IRA-Provos schafften den Übergang zu einer versierten Guerillatruppe. Parallel dazu vollzog sich der Aufbau der Sinn Fein (Provisionals) zu einer agilen republikanischen Partei. Die Ideen der Zentralgestalt des irischen Sozialismus, **James Conolly**, dessen Name jedermann gern im Munde führt, wurden von den Provos vereinnahmt. Die Officials hingegen fielen nach bitteren internen Kämpfen in die Bedeutungslosigkeit zurück und distanzieren sich schließlich von den Bezeichnungen Sinn Fein und IRA.

Hier in Derry, am Rande der Bogside, treffen wir auf weitere Spiegelbilder der bewegten irischen Zeitgeschichte. Vielfach fotografierte und weltweit verbreitete, haushohe Wandgemälde vermitteln an Ort und Stelle den stärksten Eindruck irisch-republikanischer Tradition und Kultur.

Wenige Schritte entfernt erhebt sich ein steinernes Monument, das **Bloody Sunday Memorial** - es wirkt auf mich wie ein Grabmal. Die Frage nach dem Warum zwingt unmittelbar zur Beschäftigung mit den als Blutsonntag von Derry bezeichneten Ereignissen am **30. Januar 1972**.

Der fortwährende, erfolgreiche Widerstand der nationalistischen Gemeinschaften und die in dieser Zeit mit immer neuen Raffinessen vorgetragenen Angriffe der IRA hatten Großbritanniens Experten aller Art vor ein Rätsel gestellt. Wieder einmal wurde die Internierung Verdächtiger ohne Urteil vorbereitet, und wieder einmal sollte sich ihre Durchführung als klassischer Rohrkrepierer erweisen. Die Internierung begann mit der Verschleppung von weit über 300 Menschen aus den katholischen Ghettos. Ihr folgte eine beiderseitige Welle der Gewalt. Bis zum Ende des Jahres starben fast 150 Menschen, darunter 30 britische Soldaten. Die betroffene Bevölkerung reagierte mit Steuer- und Mietstreik. In Derry entstanden neue Barrikaden,



Coolala

Ché Coolala

LIVE-MUSIK-PROGRAMM-KNEIPE • RESTAURANT • DISCO • BIERGARTEN

ab 20.00 Uhr geöffnet

Heyden-Rynsch-Straße 2 • 4600 Dortmund 1
Tel.: 02 31 / 17 81 45 • Fax: 02 31 / 17 83 47

zeitweilig herrschte offener Krieg. Nachrichten über Folter an den Internierten wurde bestätigt. Ein gleichzeitig verhängtes Demonstrationsverbot drohte zur Farce zu werden. In dieser Situation gelang es der Bürgerrechtsbewegung, eine gewaltige Demonstration auf die Beine zu stellen.

Bis zu 30 000 Menschen versammelten sich am Sonntag, den 30. Januar, in der Bogside. Die damals sehr aktive IRA hatte währenddessen ihre Aktionen ausgesetzt und sich zurückgezogen. Die britische Armee errichtete Sperren, um den Demonstrationszug am Fortkommen zu hindern. Besondere, unübliche Vorkommnisse gab es nicht, als das bereitstehende Fallschirmjägerregiment der R.A.F. (Royal Air Force) ohne Warnung das Feuer auf die Demonstranten eröffnete. Auf sich entfernende Teilnehmer wurde gezielt weitergeschossen.

Vierzehn Menschen wurden auf der Stelle getötet, ein weiterer starb an seinen Verletzungen.

Die Säule des Gedenksteins trägt die Namen der Ermordeten.

Großbritanniens Nordirlandpolitik erlitt den größten internationalen Imageverlust. Es stellte sich heraus, daß der Feuerüberfall bewußt durchgeführt worden war, um weitere Großdemonstrationen zu unterbinden. Beim Blutsonntag von Derry handelt es sich seitdem, weltweit dokumentiert, um einen der planmäßigsten Fälle von Staatsterrorismus.

John Lennon hat einen bemerkenswerten Liedtext geschrieben, der in seinem Heimat-

land der Zensur unterliegt:

"...well, it was Sunday, Bloody Sunday/
When they shot the people there/
The cries of thirteen martyrs/
Filled the Derry air...

A people proud and free/
Keep Ireland for the Irish/
Put the English back to sea...
Leave Ireland to the Irish/
Not for London or for Rome."

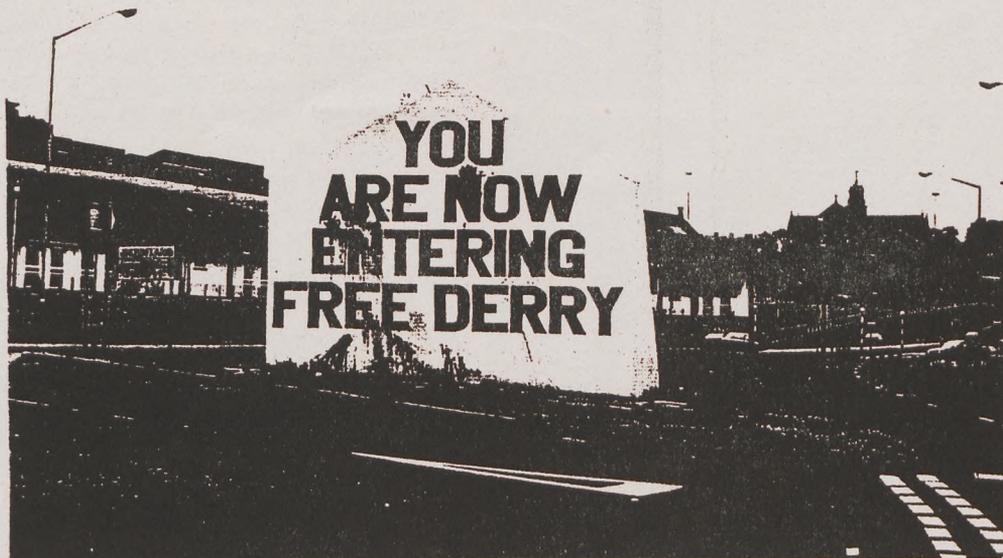
Doch Großbritannien dachte nicht daran, den Rückzug anzutreten. Am 24. März schaffte es das nordirische Regierungssystem ab, samt Premier und Parlament. London übernahm wieder die Direktherrschaft.

Für Derry sollte es noch schlimmer kommen. Nach verheerenden Bombenangriffen der IRA im Belfaster Stadtzentrum, bei denen viele Unbeteiligte starben, herrschte große Verunsicherung in den republikanisch-selbstverwalteten Gemeinschaften. (Die Behörden hatten erstmalig die Bombenwarnungen ignoriert)

Am 31. Juli 1972 stürmten 5 000 britische Soldaten mit Panzern und Bulldozern die Barrikaden der Bogside and Creggans.

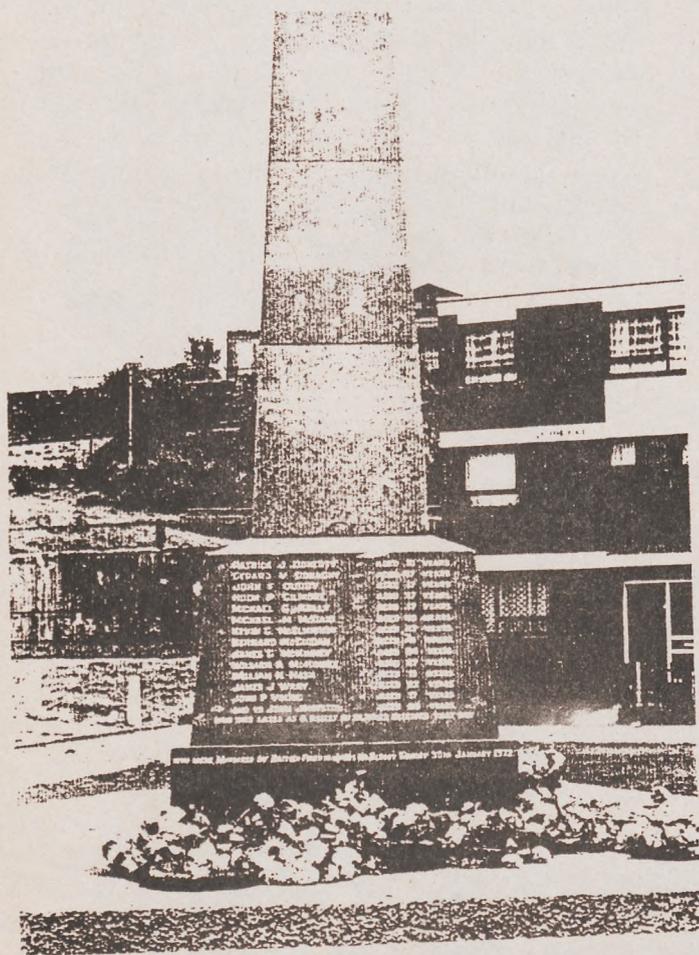
Das freie Derry fiel, nachdem es fast ein Jahr standgehalten hatte.

Heute, im August 1991, scheint das Leben, soweit sich das äußerlich beurteilen läßt, in geordneten Bahnen zu verlaufen. Die Sonne scheint über Derry, die Straßen und Plätze in der Bogside sind fast menschenleer. An einem neuen Wandgemälde wird gerade gear-



beitet, ein paar Umstehende geben Ratschläge und Urteile ab. Es geht um den Gedenkmarsch, auf den sich Derrys Republikaner in diesen Tagen vorbereiten. Wieder gibt es den üblichen Kleinkrieg mit den britischen Behörden um das Recht der nationalistischen Bürgerschaft, sich in der eigenen Innenstadt zu versammeln. Das Tabu aus der Zeit des englischen Thronfolgekrieges, der auch an den Stadtmauern Derrys ausgetragen wurde, ist längst zur Klamotte geworden. Wie die gleichzeitige Praxis in Belfast zeigt, wünschen die alten Kolonialherren in London keine unliebsame Publizität neben der eigenen. Die Demonstration am kommenden Sonntag soll an ein Ereignis erinnern, das vor genau 10 Jahren einen weiteren dramatischen Höhepunkt in der langen Geschichte des irischen Widerstandes darstellte: den **großen Hungerstreik**.

Er wurde um die Wiedererlangung des **Kriegsgefangenenstatus** (gleichbedeutend mit Entkriminalisierung) der republikanischen Gefangenen geführt und kostete nacheinander 10 Häftlingen das Leben. Zwei der Männer, die in den berüchtigten H-Blocks des **Long-Kesh-Lagers** starben, waren Derrymen. Sie wurden beerdigt in einer Art



Bloody Sunday Memorial

republikanischer Kriegsgräberstätte auf dem weithin sichtbaren Stadtfriedhof oberhalb des Brandywell-Fußball-Stadions. Besondere Beachtung und Pflege finden auch die Gräber gefallener IRA-Kämpfer und der Ermordeten des Blutsonntags.

Es ist still im Viertel, als wir die Reihen der einfachen zweigeschossigen Häuser entlanggehen. Hier ist die Arbeitslosigkeit schwindelerregend hoch. Mir fällt der Ratschlag einer irischen Bekannten in Donegal ein, lieber nicht in die Bogside zu gehen, und die Menschen im Norden seien nicht besonders nett. Ich denke mir meinen Teil, und Derry ist sowieso eine Ausnahme, es hat seine zwei Seiten.

Das Büro der Sinn Fein liegt fast am Ende der Cable Street, es sieht so klein und unscheinbar aus, daß ich mich erst einmal umschaue. Also hier bin ich richtig!

Die alleinige Partei des irischen Republikanismus hält in Derry derzeit gut 16% der Wahlstimmen. Wenig?

Sehr viel für eine Partei, die sich nachhaltig weigert, die Gewalt der IRA zu verurteilen.

Nach achthundertjähriger Geschichte der Unterwerfung und Ausplünderung mit fatalen Folgen, drastisch vor Augen geführt durch die Halbierung der irischen Nation, sollen ausgerechnet diejenigen der Gewalt abschwören, die der Ursache den Kampf angesagt haben: nämlich der fortgesetzten, gewaltsamen Inanspruchnahme Irlands durch Großbritannien.

Sinn Fein hat den langwierigen, inneren Reifeprozess hinter sich, von den Anfängen der diffus-nationalistischen Provos bis zur "einzigsten gesellschaftlichen Alternative" (Nell Mc Cafferty, aus Derry stammend, Irlands bedeutendste Feministin und bekannte Autorin).

Sinn Feins Qualitäten reichen von der intensiven Sozialarbeit in den nationalistischen Stadtvierteln bis zu seinem lebendigen, kollektiven Führungsstil. Der Werdegang **Gerry Adams** und seine Wal zum "Präsident" im November 1983 offenbaren intellektuelles Potential und politisches Perspektivdenken. Dem haben die noblen Herrschaften in London und Dublin nichts Gutes entgegenzusetzen. Gestützt auf das Lebenswerk James Conollys, entwickelte sich Sinn Fein zu einer Kraft, die Republikanismus und Sozialismus als natürliche Komponenten begreift.

London und Dublin reagieren ungeniert, im Gleichschritt, mit der Beseitigung bürgerlicher Grundrechte. Sie verhängen den Medienbann über Sinn Fein.

Ohnehin betreibt Großbritannien seit Jahren eine aufwendige und ausgefeilte Propagandamaschinerie; deren Kernstück ist die Legen-

de von der neutralen, um Ausgleich bemühten Position, der lediglich ein paar wirrköpfige Gewalttäter gegenüberstehen. Folglich werden eigene Mordtaten an Iren vom tödlichen Plastikgeschoß bis zum Shoot-To-Kill - stets mit fingierten Nachrichten überdeckt.

Auch der deutsche Journalismus unterliegt fast vollständig dem britischen Verlautbarungsmonopol.

Die Straße endet an einer langen Mauer, ein Stück dahinter liegt das Brandywell-Stadion, der heimische Platz des Derry City F.C. Mal ein anderes Thema als Politik? Nicht so in Derry! Bis 1973 spielte das Katholische Team in der protestantischen Erstliga Nord-Irlands. Nach Auseinandersetzungen beschloß der Verband, daß im Brandywell-Stadion keine Spiele mehr ausgetragen werden dürfen. Die "Heimspiele" sollten fortan im protestantischen Coleraine stattfinden. Daraufhin stellte der Club den Spielbetrieb ein. Seit ein paar Jahren befindet sich Derry City F.C. als einziger Verein in einer "ausländischen" Liga, nämlich in der Republik Irland. Dort, wo noch die alten gälischen Sportarten vorherrschen, löste er eine Welle der Fußballbegeisterung aus und gewann wiederholt die Meisterschaft. Heimspiele laufen ohne jede Polizeipräsenz ab, das ist einmalig für einen Spitzenklub, aber auch Voraussetzung dafür, daß ein regulärer Spielverlauf möglich ist.

Mein endgültig letzter Tag in Derry soll, des langsamen Abschiednehmens wegen, dem Besuch des Eisenbahnmuseums gelten.

Seit den sechziger Jahren sind die Bahnhöfe auf der (katholischen) Westbank geschlossen, auf der unionistisch besiedelten Ostseite gibt es noch einen Sackbahnhof. Der Abbau des westlichen Schienennetzes bedeutete einen weiteren wirtschaftlichen Rückschlag für Derry und wurde dort als Fortsetzung britischer Vernachlässigungspolitik empfunden.

Doch auch im natürlichen Hinterland Derrys, dem Country Donegal, jenseits der Grenze, ist von dem einstmals beachtlichen Schienennetz nicht eine einzige Schwelle geblieben.

Wir folgen dem Schild "Railway Museum", es zeigt quer über einen großen Parkplatz; sonst ist keine Menschenseele zu sehen. Da nähern sich uns von vorn britische Soldaten, wie üblich die Gewehre in schußbereiter Haltung. Die parkenden Autos werden inspiziert, ein Blick hinein, einer darunter. Droht hier Gefahr? Angst? Nein! Ich fühle mich nicht bedroht oder betroffen und beginne sogar einen Small talk. Von Uniformierten habe ich andere Sachen erlebt.

Das kleine Museum vermittelt doch reichlich viel Nostalgie. Wir verlassen es bald wieder und stoßen unmittelbar davor auf eine Info-tafel, die nun doch wieder meine Aufmerksamkeit erregt: Das Kapital-Karl Marx. Darüber steht "Shirt making in Derry". Wo ist der Zusammenhang? Der schöne, alte Backsteinbau dahinter trägt den Firmennamen Tillie&Henderson Ltd. Wir erfahren aus dem Text, daß diese Hemdenfabrik einmal sehr bedeutend gewesen ist und "sogar von Karl Marx in seinem berühmten Werk erwähnt worden" ist.

Wieder zu Hause in Deutschland versuche ich, etwas mehr herauszufinden, doch im ersten Band des Kapitals entdecke ich vorerst nur eine Fußnote über "Tillie&Henderson in Londonderry". Macht nichts - aber Euer Stolz ist auch der meine! Mir kommt ein unheimlich smpathischer Gedanke, auch im Hinblick auf eine bestimmte Entwicklung in der republikanischen Bewegung, nämlich daß unser Marx auf einmal in diesem als so konservativ verschrienen Land ganz gut aufgehoben sein könnte. Vielleicht im irischen Norden besser als...?

Hebt ihn gut auf für uns, wir werden ihn selbst wieder nötig haben.

(Manfred Fischer)

Empfehlenswerte Literatur:

1. Liz Curtis - Ireland-The Propaganda War
Pluto Press, London 1984

(Das Buch ist einzigartig, es behandelt die Methoden, mit denen Großbritannien die öffentliche Meinung steuert. Ziel ist es, den Krieg gegen Nord-Irland in den Köpfen der Menschen zu gewinnen)

2. Gerry Adams - The Politics of Irish Freedom
Brandon Book, Dingle(IRE) 1986

(Der Kopf der Sinn Fein ist auch die Hauptquelle perspektivischen Gedankenguts in Irland. Sehr verständlich geschriebenes Buch)

3. Dietrich Schulze-Marmeling, Ralf Sotschek - Der lange Krieg
Verlag Die Werkstatt, Göttingen 1989

4. Peter Wuhrer - Sie nennen es Trouble
rotpunktverlag, Zürich 1989

(Die letztgenannten Werke sind mit Abstand das Beste, was an Deutschsprachigem über Nord-Irland veröffentlicht worden ist. Sie sind ein absolutes Muß, auch für Einsteiger, packend bis zum Schlußpunkt und darüber hinaus.)

DEUTSCHE UNITARIER

RELIGIONSGEMEINSCHAFT

Völkisch-rassistische Sekte

Von der 11. landesweiten Antifa-Konferenz NRW 1989 in Bochum war die Resolution "Völkisch-rassistische Sekte 'Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft'" verabschiedet worden.

Im Lauf des vergangenen Jahres kam es nun im Zusammenhang mit dieser "nazistischen Tarnorganisation" zu einer Reihe von Prozessen.

Dirk Herbrechter aus Hagen schickte uns zum Hintergrund der Auseinandersetzungen folgenden Artikel.

Das schönste Glück
des denkenden Menschen ist:
das Erforschliche erforscht
zu haben
und das Unerforschliche
ruhig zu verehren.
(J.W. von Goethe)

So überschreibt die Gemeinde Hagen der **Deutschen Unitarier Religionsgemeinschaft** ihren Rundbrief vom 18.4.1991.

Der alte Weimarer ist tot, er kann sich nicht mehr wehren, wüßte er jedoch heute, wer ihn an dieser Stelle zitiert, ich denke, er müßte beim Rotieren ausgewuchtet werden, um nicht aus der Krume zu springen.

Das scheinbar Unerforschliche zu verehren, ist Programm der Unitarier Religionsgemeinschaft (DUR). Aber wehe, es versucht einer, das scheinbar Unerforschliche nicht zu verehren, sondern zu erforschen. Dies hat jemand gewagt: **Peter Kratz**, Sprecher der **Bonner Initiative "Gemeinsam gegen Neofaschismus"**, wies nach, daß die DUR eine völkisch-rassistische Sekte und eine Nazi-Tarnorganisation ist. Und daß dies nach einem Urteil des Kammergerichts Berlin auch so gesagt werden darf, war das Ergebnis eines umfangreichen Prozesses, den die DUR angestrengt und mal wieder verloren hatte.

Was hatte Peter Kratz frevelhaft erforscht?
Ich zitiere (stark verkürzt):

40er/50er Jahre: Anhänger und Mitarbeiter **Alfred Rosenbergs** sammeln sich in der DUR. "Sprecher" der DUR wird **Eberhard Achterberg**, Chefredakteur der von Rosenberg herausgegebenen "**Nationalsozialistischen Monatshefte**" und Chef

der Abteilung für "Juden- und Freimaurerfragen" des NSDAP-"Amtes Rosenberg". Erster Präsident wird der deutschgläubige Alt-Nazi **Karlheinz Kütke**, erster theologischer Leiter der SA-Dichter **Herbert Böhme**, eine Zentralfigur des Neofaschismus. Fast alle DUR-Funktionäre sind ehemalige Nazis. Die Sekte verlangt von ihren Jugendlichen, "später nur Ehegatten aus deutschem Blute zu wählen".

60er Jahre:

Immer wieder werden Bücher des Nazi-Genetikers **Hans F.K. Günther** in der Sektenzeitschrift empfohlen; auf Günther beriefen sich die Nazis bei ihren Rassegesetzen. Immer wieder bis in die jüngsten Tage schreibt auch der SS-Mann **Lothar Stengel von Rutkowski** im Sektenorgan, ein enger Bekannter und Biograph Günthers.

Der wegen SS-Verbrechen verurteilte **Dietrich Klagges**, der als NSDAP-Innenminister des Landes Braunschweig 1932 Adolf Hitler die deutsche Staatsbürgerschaft verlieh, schreibt unter Pseudonym in der DUR-Sekten-Zeitschrift.

70er Jahre:

Ein flammender **Nachruf Achterbergs** auf Böhme im Sektenorgan (deswegen werde ich im Jahre 1991 als Zeuge zur Polizei vorgeladen, doch davon später, wenns lustig wird, D.H.).

DUR-Jugendliche nehmen laut Gerichtsbeschluß **nicht** an einem Treffen der **Wiking-Jugend** teil! Wer behauptet, ich hätte an dieser Stelle Gegensätzliches behauptet, macht sich eine gegensätzliche, vorsätzlich unwahre Tatsachenbehauptung zu eigen, was zur Folge hätte, daß er ebenfalls seinen Rechtsanwalt bemühen müßte.

Weiter: NPD-**Wetzel** als DUR-Gemeindeleiter NRW; **Sigrid Hunke** Vizepräsidentin.

80er Jahre:

Verbreitung ausländerfeindlicher Parolen im Sektenorgan "Unitarische Blätter", weil die "Erbanlagengemeinschaft" des deutschen Volkes gefährdet sei; Achterberg wird theologischer Leiter der Sekte; der langjährige Chefredakteur des Sektenorgans, **Fritz Castagne**, ist Mitbegründer der rechtsextremistischen Kieler Liste für Ausländerbehebung.

Herbst 1989:

DUR-Präsident **Horst Prem**, Ingenieur in der geheimen Entwicklungsabteilung von **MBB Ottobrunn**, meint aus dem Zusammenhang gerissen etwas völlig nicht. Nämlich ganz und gar nicht, im KZ Dachau hätten die Nazis "den zweiten Schritt vor dem ersten gemacht".

Januar 1990:

In einer der größten DUR-Gemeinden, Kassel, spricht der Biograph des Nazi-Genetikers **Günther, SS-Stengel** von **Rutkowski** zum Thema "Gentechnik".

Sommer 1991:

Am 19.6.1991 veranstaltet die Hagener **VVN/BdA** einen Informationsabend mit dem Thema "Die Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft - eine völkisch-rassistische Sekte, aus Wohlfahrtsmitteln finanziert" mit dem Referenten **Peter Kratz** von der Bonner Initiative "Gemeinsam gegen Neofaschismus".

Die Hagener Unitarier waren ebenfalls eingeladen, um sich den erkenntnisreichen Vorwürfen stellen zu können.

Sie kamen zahlreich angereist: aus Aachen, aus Siegen, usw.

Es sollte nach ihren Vorstellungen wohl ein Showdown für den Referenten, gegen den sie in zahlreichen Prozessen unterlegen waren, werden. Sie saßen buchstäblich in der ersten Reihe. Von Anfang an versuchten sie, die Ausführungen des Referenten zu stören, sie spielten Empörung - ob echt oder unecht, vermag ich nicht zu diagnostizieren -, wenn aus ihren Schriften zitiert wurde.

Im Verlauf seines Referates sagte **Peter Kratz** auch folgenden Satz: "Wenn ein Unitarier den Mund aufmacht, dann lügt er". Gemeint waren Funktionäre der DUR und auch der anwesende Professor **Kahl**, über dessen "geistige" Verbindungen zum Alt- und Neofaschismus zu berichten, mir hier der Platz fehlt.

Es dauerte keine drei Monate, da bekomme ich Post aus Kiel: Der dortige Gemeindeleiter, Herr Priv. Doz. **Wolfgang Deppert**

(keine Namenswitze bitte, d.V.) schreibt in einem umfangreichen Pamphlet:

"...als neulich einige Unitarier von einer solchen Veranstaltung in Hagen Kenntnis bekamen, gingen sie dorthin und wurden, als sie sich als Unitarier zu erkennen gaben, von **Kratz** mit der Bemerkung bedacht: "Wenn ein Unitarier den Mund aufmacht, dann lügt er". Seine fortgesetzten haßerfüllten Ausbrüche gegen die Unitarier veranlaßten schließlich den Leiter der Hagener VVN-Gruppe, der zugleich Veranstaltungsleiter war, sich bei den Unitariern für diese menschenunwürdige Behandlung durch Herrn **Kratz** zu entschuldigen".

Sich entschuldigen und meine Rechtsanwaltskosten tragen mußte dann Herr **Deppert**, hatte er doch einfach eine unwahre Tatsachenbehauptung aufgestellt. Und auch **Peter Kratz** hatte einige Auslagen, die ihm von den Unitariern in Kiel bzw. Herrn **Deppert** erstattet werden mußten.

Herbst 1991:

Ein freundlicher Polizist erzählte mir am Telefon, ich sei als Zeuge in einem staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahren vorgeladen. Es gehe um eine Verleumdungsklage des Herrn **Kahl** gegen Herrn **Kratz**; und Herr **Kahl** habe mich als Zeuge benannt. Konkret gehe es um die Aussage: "Wenn ein Unitarier...". Ich solle doch einmal vorbeikommen, usw.

Es wird ein Protokoll mit einem umfangreichen Anhang, mit Quervermerken und Fußnoten. Kennt der Staatsanwalt die Unitarier?

Herbst 1991:

Nachdem mir ein interner "Erlebnisbericht" einer Teilnehmerin der Veranstaltung im Juni auf den Tisch flattert, hege ich Mitleid gegen die Unitarier ob meines brutalen Vorgehens. Mit den Worten "Ich hoffe, ich habe mit diesem Schreiben unserer Präsidentin geholfen", endet ein "Erlebnisbericht", der von orthographischen und grammatikalischen Fehlern nur so strotzt.

Ich besinne mich und biete den Unitariern einen Rechtschreibkursus an und werde enttäuscht: Es folgt keine einzige Meldung!

Vielleicht verspricht ein Wahrheitskurs mehr Erfolg. In dem erwähnten "Erlebnisbericht" wird zweimal der langjährige und hochgeachtete Mitkämpfer für Gleichheit und soziale Rechte **Fritz Quiter** als Teilnehmer zitiert. Leider war **Fritz** zum Zeitpunkt der Veranstaltung schon längst verstorben.

"Wenn ein Unitarier..."

(Dirk Herbrechter)

NACHLESE 91

GOOD NEWS

Voll waren im vergangenen Jahr die Zeitungen (nicht nur unsere AntifaZ) von schrecklichen Meldungen und Berichten über zunehmenden Rassismus, über terroristische Auswüchse ausländerfeindlicher Haltung unter den Deutschen. Trotzdem sollten wir beispielhafte und nachahmenswerte Gegenaktivitäten auch nicht vergessen. Zwei aus Dortmund seien hier kurz geschildert.

I.

Auf dem Höhepunkt der ausländerfeindlichen Pogrome im Spätsommer ging der **Dortmunder Sportverein BVB 09** in die Offensive:

Spektakulär stellte er allen rund 1 000 in Dortmund lebenden Asylbewerbern Eintrittskarten für ein Bundesligaspiel zur Verfügung und organisierte für diese Begegnung ein Rahmenprogramm gegen Ausländerfeindlichkeit. Zum Spiel an einem Sonntag gegen ("nur") die Stuttgarter Kickers kamen 42 000 Leute ins Stadion.

Die Begrüßung der Asylbewerber unter den Zuschauern durch den Stadionsprecher war noch von einem Pfeifkonzert von einigen Hooligans aus der Südkurve begleitet, die große Mehrheit der Zuschauer begrüßte die Aktion aber eindeutig. Dann liefen alle Aus-

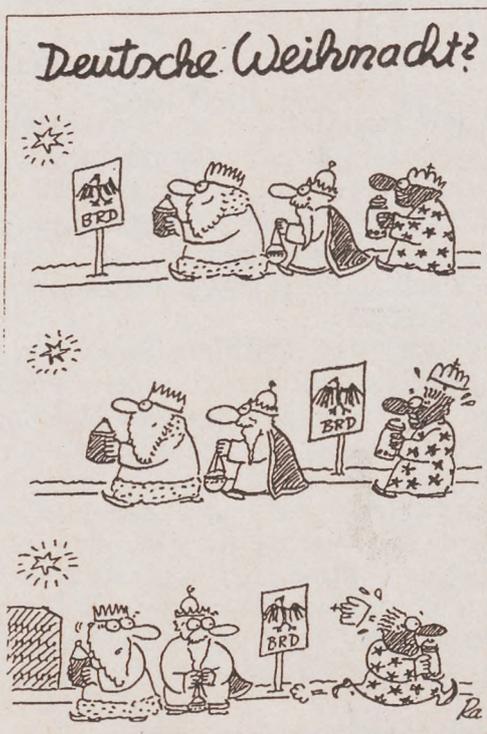
länder aus allen Jugend-, Amateur- und sonstigen Mannschaften des BVB auf, nochmals hatte der Stadionsprecher gegen eine Minderheit aus der Südkurve anzureden, aber es wurde schon deutlich, ein "ausländerfreier" BVB wäre nicht das, was er ist.

Spannend wurde es, als ein Redner angekündigt wurde. Da der BVB mit seinen momentanen ausländischen Superstars, einem Schweizer und einem Dänen, nicht gerade Leute aus armen Ländern beschäftigt, war ein ehemaliger Borusse - **Marcel Raducanu** - eingeladen worden. Die Südkurve vor allem tobte vor Begeisterung, als sie ihr altes Idol, den Superstar, Filigrantechner und BVB-Liebling wiedersahen. Als der dann, nach minutenlangen "Raducanu-Raducanu"-Rufen endlich reden konnte, schlug die Stimmung um: Er stellte nämlich klar, daß er zum BVB als **Asylbewerber aus Rumänien** gekommen war. Das Idol der Südkurve war damals - außer daß er gut den Ball treten konnte - niemand anderes, als alle die Menschen, die in den Heimen der Stadt leben und Opfer von Haß und Aggressionen sind.

Seine Rede, wer immer sie auch geschrieben hat, war supergut:

Mit dem Appell, die Integration ausländischer Fußballer in die Mannschaft des BVB als Modellfall für die Bundesrepublikanische Gesellschaft zu nehmen, endete das Vorspiel mit ungeteiltem (!) Beifall der 42 000 (im Gegensatz zum anschließenden Spiel).

Nachdem vor Jahren der BVB schon einmal mit u.a. der Gewerkschaftsjugend und örtlichen Antifa-Gruppen gegen die faschistische **Borussenfront** in die Offensive ging, ist nur zu hoffen, daß die Aktion kein einmaliger Akt mit Showeffekt war, sondern weiter gegen Ausländerfeindlichkeit in den Fußballstadien vorgegangen wird (wie es im übrigen auch sehr konsequent beim FC St. Pauli gemacht wird).



II.

Nicht nur, weil sie bei klirrender Kälte Anfang Dezember tausende Menschen auf dem Dortmunder **Hansaplatz** verweilen ließ, ist eine andere Aktion bemerkenswert: Ein großes Konzert von der **DGB-Jugend NRW**, der **evangelischen Kirche** und der **"Künstler in Aktion"** sowie anderen organisiert, war etwas mehr als eine reine Konsumveranstaltung.

Nicht nur, daß zwischen den vielen Auftritten bekannter InterpretInnen Platz für das Verlesen überregionaler und lokaler Aufrufe und Resolutionen blieb, einige Stars hatten sich auch neben dem Auftritt noch engagiert.

Klaus Lage etwa, war am Vormittag in einer Dortmunder Gesamtschule und diskutierte ("Ich bin Mensch und nicht Deutscher"), von einigen Schulen zogen alle geschlossen zum Konzertplatz und hörten die "Großen", die erfreulicherweise immer dabei sind, wie **Lage, Lindenberg**, usw., wie auch Beiträge von unbekanntem ausländischen Gruppen oder etwa den "Chor der Gefangenen", vorgetragen vom **Chor der Dortmunder Oper**. Am Abend ging es dann noch zu einem Konzert der lokalen Rock-Szene in ein Freizeitzentrum.

Bei dieser Aktion wurde immer wieder betont, sie sei nur als Auftakt für viele, viele weitere Aktivitäten gedacht, die folgen müßten. Sehr wahr, aber Wirklichkeit werden diese Aktivitäten wohl nur, und das gilt für den DGB wie den BVB, wenn sie auch gefordert, denen da oben abverlangt werden und mit unser aller Engagement auch durchgeführt werden.

(Achim Böcking, Michael Banos)



Anzeige



UNFASSBA, Zentralorgan für Anarchie, Spaßgerilja & Widerstand gibts alle 2 Monate neu für 4 BriefMARK bei UNVIEH, c/o Umwälzzentrum, Scharnhorststr.57, D-W-44 Münster. ABO: 20 Muck. Wiederverk.: 30% Rabatt(+Porto).

ACHTUNG! Schickt Eure Infos bitte auch an unsere 2.Kontaktadresse. Nur im doppelten Umschlag. Außen: IGA, Düppelstr.35, 4630 Bochum. Innen: UNFI.

"SCHWEIG NICHT, STICH ZU" Mit Nähadeln gegen Männeranmache

Istanbuler Frauengruppen begannen wiederholt Kampagnen gegen Männergewalt. Eine ihrer letzten Öffentlichkeitsarbeiten gegen die sexuellen Belästigungen von Frauen begann im November 1990 mit dem Verkauf eines allseits von Frauen verwendeten Haushaltsgegenstandes:

"Habt Ihr es satt, von den Männern angerempelt, gekniffen, angefaßt und belästigt zu werden?" fragten sie Frauen auf den Straßen und in den öffentlichen Verkehrsmitteln. Das verneinende Kopfschütteln der Gefragten folgte stehenden Fußes. Im Anschluß daran wurde eine kreative Verwendung von Haushaltsutensilien angepriesen:

"Hier ist es, das Superprodukt. Handlich und effektiv. Sieben Zentimeter rostfreier Stahl mit Chromnickelmischung. Die Superwaffe gegen Anmache. Früher haben wir damit Steppdecken bezogen, jetzt stechen wir damit zu!" (so nach den Berichten einer Zeitungsagentur).

Wir Frauen vom **frauenUNrechtshilfefonds Bochum** finden dieses Beispiel nachahmenswert und bieten - **aus Anlaß des 25. November, des internationalen Frauen- und Lesbenaktionstages gegen Gewalt gegen Frauen** - fröhlich bunte Schmucknadeln zum Verkauf an. Nicht nur symbolisch kleiden sie jedes Damenrevers höchst vorteilhaft

Mit der Übernahme einer Aktion von türkischen Frauen solidarisieren wir uns gleichsam mit ihren Kämpfen! Für die in der Bundesrepublik lebenden Frauen aus den sogenannten "Dritte-Welt-Ländern" fordern wir im Gegenzug ein eigenständiges Aufenthaltsrecht von Frauen unabhängig von dem ihres Ehemanns! Ebenso fordern wir die Anerkennung des Faktums sexueller Gewalt gegen Frauen und Mädchen als Verfolgungsgrund bei den Asyl-Verwaltungsgerichten!

(aus: frauenUNrechtshilfefonds Bochum, im November 1991)

ANZEIGE

Attatro

Buchladen GmbH

- Papierwaren •
- Postkarten •
- Bücher •

partner der
büchergilde gutenberg



Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-18.30 & Sa 9-14.00

• Herner Str./Ecke Paulusstr. •
• 4350 Recklinghausen •
• Tel. 02361-17002 •